

Seite 2:
SELK-Bischof stellt
den Gemeinden die
„Charta Oecumenica“ vor

Seite 3:
20. Konferenz des ILC
in Brasilien

Seite 3:
Theologischer Fernkurs
der SELK geht in die
zweite Runde

Seite 8:
Schweden: Bekenntnis-
treue „Missionsprovinz“
gegründet

Seite 9:
Käbmann warnt vor zu
großen Zugeständnissen
an Orthodoxe

Seite 11:
Missionswerk erinnert
an Stapellauf vor 150
Jahren

Seite 12:
Mehr Studienanfänger
in Krelingen

Seite 14:
Bischof Fischer:
Pfarrer sind der
„Schatz der Kirche“

Seite 15:
Stichwort:
Transzendente
Meditation (V: Schluss)

Seite 16:
LWB: Gemeinsame
Erklärung ausdrücklich
und offiziell unter-
zeichnet

Seite 20:
Kommentar: Will ich
alles wissen oder nur
meine Versicherung?

Anregungen der 10. Kirchensynode der SELK zum „Jahr der Bibel“ SELK-Bischof gibt Anregungen an Gemeinden weiter

Hannover, 2.9.2003 [selk]

In einem Anschreiben an die Gemeinden der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) hat jetzt deren Bischof Dr. Diethardt Roth (Hannover) Anregungen der 10. Kirchensynode der SELK zum „Jahr der Bibel“ weitergegeben. Die Synode hat vom 17. bis 22. Juni 2003 in Melsungen getagt und das „Jahr der Bibel“ als Schwerpunktthema behandelt, dem sich die Synodalen einen ganzen Tag lang im Rahmen eines Vortrags- und Kleingruppenprogramms gewidmet haben.

In seinem Brief an die Gemeinden der SELK setzt Roth bei dem „Wunder“ an, dass Gott überhaupt redet: „Wir haben Gottes Worte. Manchmal reden wir so selbstverständlich von der Bibel als ‚Gottes Wort‘, dass wir das Wunder, das sich dahinter verbirgt, ganz aus dem Blick verlieren.“ Und mehr noch, so Roth weiter: „Gott spricht nicht nur, sondern er spricht auch zu uns. Sein Wort ist kein Monolog, sondern ein Dialog, ein Wort, das Gemeinschaft zwischen ihm und uns stiften will und stiftet.“ Im Umgang mit dem Gotteswort dürften Glauben und Verstehen nicht gegeneinander ausgespielt werden: „Beides gehört zusammen: Sich dem Wort glaubend anzuvertrauen und sich zugleich darum zu bemühen, es nach menschlichen Möglichkeiten methodisch verantwortet und

rechenschaftsfähig bestmöglich zu verstehen.“

Einen besonderen Platz habe die Bibel, so der SELK-Bischof weiter, im Gottesdienst: „Der Gottesdienst bietet dem Wort Gottes einen Sprachraum. Es wird verlesen und gesungen. Es wird gebetet und zugesprochen. Es wird gehört und als leibliches, sichtbares Wort im Altarsakrament empfangen. Durch das biblische Wort kommen wir zum Glauben und werden im Gottesdienst durch dieses im Glauben vergewissert.“

Als Hilfen, um sich das Wort Gottes in Glauben und Verstehen immer wieder neu anzueignen, benennt Roth Bibelkreise, Predigtgespräche, Hausandachten und tägliche Bibellese (allein oder in der Familie). Roth betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der anhaltenden Beschäftigung mit der Bibel: „Zu jeder Beziehung, jeder Freundschaft gehört es, dass man miteinander in Kontakt bleibt, man voneinander hört, miteinander spricht, sich austauscht. Verzichteten wir darauf, entsteht bald ein Gefühl von Fremdheit, von schwindender Vertrautheit. Nicht anders ist es mit Gott und seinem Wort.“

Allerdings gibt der SELK-Bischof in seinem Schreiben weiter zu bedenken, dass sich die Beschäftigung mit den biblischen Texten unter anderen kulturellen Rahmenbedingungen vollzieht, als dies in früheren Zeiten der Fall war: „Unsere schriftbezogene Kultur wird zunehmend in eine bilderreiche umgewandelt, aller-

dings ohne dass dadurch die Bedeutung der Texte grundsätzlich geschwunden wäre. Es entwickelt sich eine neuartige Kultur des Umgangs mit Texten.“ Auf diesen kulturellen Wandel gelte es mit „Fantasie und Kreativität“ zu reagieren. So würden sich für die Beschäftigung mit biblischen Texten im Kindesalter Kindermusicals und altersgerechte Kinderbibeln anbieten. Für Erwachsene seien Glaubenskurse und Mitarbeiterschulung, etwa im Theologischen Fernkurs der SELK, eine gute Möglichkeit, tiefer in das Verständnis der Heiligen Schrift einzudringen.

Abschließend gibt Roth das Anliegen der 10. Kirchensynode der SELK weiter: „Die Synode bittet die Gemeinden, die Impulse des ökumenischen Bibeljahres ‚Suchen. Und Finden. 2003. Das Jahr der Bibel‘ aufzugreifen und weiterhin umzusetzen im Blick auf die Frage, wie das selbstständige Bibellesen in Gemeinde und Familie und die Weitergabe des Wortes Gottes insbesondere an die Kinder innerhalb und außerhalb der Gemeinde gefördert werden kann.“

Der vollständige Text des Anschreibens ist den Pfarrämtern der SELK zugegangen.

S-I

SELK-Bischof stellt den Gemeinden die „Charta Oecumenica“ vor

Die „Charta Oecumenica“ als Hausordnung der christlichen Kirchen in Europa

Hannover, 1.9.2003 [selk]

In einem Schreiben an alle Gemeinden der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) hat jetzt SELK-Bischof Dr. Diethard Roth (Hannover) die Ende Mai im Rahmen des Ökumenischen Kir-

chentages (ÖKT) in Berlin unterzeichnete „Charta Oecumenica“ vorgestellt.

In seinem Brief vergleicht Roth die „Charta Oecumenica“ mit einer Hausordnung im Haus der christlichen Kirchen in Europa: „Indem sich alle Bewohner zur Anerkennung der Hausordnung verpflichten, wird das Wohnen jedes Einzelnen geschützt.“ Weiter heißt es: „Auch wenn jeder seine eigene Wohnung, seinen geschützten Raum hat, der abgetrennt ist und bleibt von dem der anderen, gibt es doch auch im Haus der Kirchen wie in jedem Haus bestimmte Aufgaben, die gemeinsam bewältigt werden können und wollen: Selbst wenn ich mir mit meinem Nachbarn in mancher Frage uneins bin, kann ich doch abwechselnd mit ihm das gemeinsam genutzte Treppenhaus putzen und im Winter den Schnee von den Zugangswegen räumen. Hier gibt es vieles, was wir als Bewohner eines Hauses, unbeschadet aller Unterschiede, leichter und besser gemeinsam bewältigen können als jeweils allein.“

Der Bischof verweist auch auf den intensiven Beratungsprozess, der der Unterzeichnung des Dokumentes in der Kirchenleitung, dem Kollegium der Superintendenten und den Pfarrkonventen der SELK vorangegangen ist. Dabei sei auch Kritik an manchen Punkten der „Charta Oecumenica“ deutlich geworden: „Manches, was in der ‚Charta Oecumenica‘ zum Ausdruck gebracht ist, gehört unseres Erachtens nicht unbedingt zum Kern kirchlicher Verantwortung. An anderen Stellen hätte aus unserer Sicht auch gerne noch etwas mehr gesagt werden können.“ Schließlich aber sei die Kirchenleitung zu der Auffassung gelangt, „dass die ‚Charta Oecumenica‘ an keiner Stelle evangeliums-widrig ist“.

Roth betont in diesem Zusammenhang auch die bleibende ökumenische Verantwortung seiner Kirche: „Die Unterzeichnung der ‚Char-

ta Oecumenica‘ schenkt uns noch einmal ganz neu die Möglichkeit, unsere Stimme in das ökumenische Gespräch einzubringen. Um das Bild von dem Haus der Kirchen wieder aufzunehmen, bedeutet das: Nur wer sich selbst an diese Hausordnung bindet, kann seinerseits auch das Leben im Haus mitgestalten. Wer dagegen diese Verpflichtung selbst nicht eingeht, wird bei anderen mit der Bitte, die Musik im Nebenraum doch etwas leiser zu stellen, auf wenig Verständnis stoßen.“

Dabei sei von Bedeutung, so Roth weiter, dass die „Charta Oecumenica“ den Bekenntnisstand der SELK nicht verändere und auch nicht verändern könne: „Gründlegend wichtig war allen, die in unserer Kirche mit dem Entscheidungsprozess befasst waren, dass es sich bei der ‚Charta Oecumenica‘ nicht um ein Dokument mit lehramtlich-dogmatischem oder kirchenrechtlich-gesetzlichem Charakter handelt, sondern um eine Selbstverpflichtung im Rahmen der geltenden Ordnungen der jeweiligen Kirchen. Das bedeutet: Die ‚Charta Oecumenica‘ kann das, was in der SELK Lehrgrundlage und Ordnung ist, nicht außer Kraft setzen oder Glieder unserer Kirche zum Handeln gegen ihr Gewissen zwingen.“

„Sondern“, so der SELK-Bischof abschließend, „die ‚Charta Oecumenica‘ wird dazu beitragen, da bin ich ganz gewiss, die gesamtkirchliche Verantwortung, zu der wir von Christus gerufen sind, auf einer gemeinsamen Basis zu gestalten und die Zusammenarbeit in äußeren Dingen zu ordnen.“

Die „Charta Oecumenica“ ist bereits 2001 von der Konferenz Europäischer Kirchen und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen ratifiziert worden. Im Rahmen des ÖKT 2003 wurde es jetzt von den leitenden Geistlichen der Mitgliedskirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) unterzeichnet.

S-I

20. Konferenz des ILC in Brasilien

SELK-Bischof weiter im ILC- Vorstand

Foz do Iguacu, 11.9.2003 [selk]

Vertreter von etwa 30 lutherischen Kirchen aus der ganzen Welt sind Ende August in Foz do Iguacu, Paraná (Brasilien), zur 20. Konferenz des Internationalen Lutherischen Rates (ILC) zusammengekommen. Gastgeber des Treffens waren die zum ILC gehörenden lutherischen Kirchen in Argentinien, Brasilien und Paraguay. Der ILC ist der weltweit zweitgrößte Zusammenschluss lutherischer Kirchen.

Schwerpunktthema des diesjährigen Treffens war: „Die Kraft des ‚Wir‘ – der Aufbau gesunder Pfarrfamilien“. Als Experten auf diesem Gebiet referierten Dr. David und Kathy Ludwig. Ludwig ist Pfarrer der US-amerikanischen Lutheran Church-Missouri Synod (LC-MS), zugleich Therapeut und Psychologieprofessor an der Lenoir Rhyne University in Hickory.

In der Themenbehandlung wurde die Bedeutung des „Wir“ des Ehepaars gegenüber des jeweiligen „Ich“ von Ehemann und Ehefrau deutlich. Wo in unterschiedlichen Teilbereichen der ehelichen Gemeinschaft die Sünde den Blick für das Gemeinsame zerstöre, bringe Gottes Gnade Heilung und Versöhnung, so der Hauptgedanke der Referenten. Ergänzt wurden die Vorträge durch ausführliche Bibelarbeiten.

Aufgrund der Themenstellung waren neben den Präsidenten, Bischöfen bzw. Vorsitzenden der jeweiligen Kirchen auch die Ehefrauen zur ILC-Konferenz eingeladen und trugen ihren Teil dazu bei, ganz praktische Konzepte zu einem ausgewogenen Leben in den Pfarrfamilien zu erarbeiten.

Bei der Neuwahl des Vorstandes des ILC wurden Präsident Dr. Ralph

Mayan von der Lutherischen Kirche-Kanada (LC-C) als Vorsitzender, Bischof Dr. Diethardt Roth von der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) als Stellvertretender Vorsitzender und Präsident Dr. Carlos Winterle von der Evangelisch Lutherischen Kirche von Brasilien (IELB) als Sekretär in ihren Ämtern bestätigt. Zusätzlich gehören dem Vorstand die jeweiligen Kirchenführer der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Ghana (ELCG), Präsident Dr. Paul Kofi Fynn, der Gutnius Lutherischen Kirche von Papua Neuguinea (GLC-PN), Bischof David Piso, der Lutherischen Kirche in Korea (LCK), Präsident Hong-Yeol Lee, und der LC-MS, Präsident Dr. Gerald B. Kieschnick, an.

Die nächste ILC-Konferenz wird voraussichtlich 2005 in Deutschland stattfinden und in besonderer Weise die Lutherischen Bekenntnisschriften in den Mittelpunkt der Beratungen rücken, da sich die Zusammenstellung der Bekenntnisschriften im Konkordienbuch 2005 zum 425. Mal jährt. Gastgeber wird die SELK sein.

Theologischer Fernkurs der SELK geht in die zweite Runde

SELK-Bischof wirbt für Teilnahme

Hannover, 17.9.2003 [selk]

Am 10. November 2003 werden im Rahmen des „Dies Academicus“ der Lutherischen Theologischen Hochschule in Oberursel (LThH) die Zertifikate an die Teilnehmer der ersten Staffel des Theologischen Fernkurses der SELK (TFS) vergeben. Beim TFS handelt es sich um ein Schulungsangebot der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) für interessierte Laien, das aus Eigenstudium und Praxisensätzen in den jeweiligen Heimatgemeinden und Gruppen-

treffen mit einem Tutor und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der jeweiligen Region, die in der Regel alle zwei Wochen stattfinden, besteht. Auf einen zweijährigen Grundkurs kann schließlich ein einjähriger Aufbaukurs folgen. Der TFS ist als Institut bei der LThH in Oberursel (bei Frankfurt/Main) angesiedelt.

Bis zum 15. November 2003 sind noch Anmeldungen für den im Januar 2004 beginnenden Grundkurs möglich. In einem Schreiben, das mit weiterem Informationsmaterial in diesen Tagen den Pfarrämtern der SELK zugeht, ermuntert SELK-Bischof Dr. Diethardt Roth (Hannover) zur Teilnahme am TFS: „Es kann nur im Interesse unserer Gemeinden sein, wenn die Gaben der aktiven Mitarbeiter gestärkt werden und sie für die vielfältigen Aufgaben zugerüstet sind.“

S-I

Weißrussischer Diakon bei SELK in Allendorf/Lumda Wladimir Meyerson besuchte Partnergemeinde

Allendorf/Lumda, 13.9.2003 [selk]

Diakon Wladimir Meyerson aus der Partnergemeinde in Bobrujsk (Weißrussland) besuchte jetzt für gut zwei Wochen die Zionsgemeinde der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) in Allendorf/Lumda. Eine rund vierzestündige Busfahrt nach Allendorf musste der Diakon zurücklegen, ehe er sein Reiseziel erreichte. Bei verschiedenen Anlässen berichtete Meyerson über die derzeitige Lage der Partnergemeinde und der Stadt Bobrujsk, in der rund 220.000 Einwohner wohnen und die etwa 145 Kilometer von Minsk entfernt liegt.

Durch die unter dem Dach der Lutherischen Kirchenmission, dem SELK-Missionswerk mit Sitz in Bergen-Bleckmar, organisierten Hilfsgütertransporte konnte sich mit

S-I

Spenden und Hilfsgütertransporten schon einiges zum Guten verändern. Unter anderem erhielt das Kinderkrankenhaus in Bobrujsk dringend benötigte Windeln und neue Kanülen für Spritzen. 160 Kinder leben dort – die meisten von den Eltern verlassen – tatsächlich ist dort aber nur Platz für 120 Kinder.

Im Kinderheim in Witebsk leben teils schwer kranke oder behinderte Kinder, aus Spenden konnten Schuhe, eine Kinderwaage und pädagogisches Spielzeug angeschafft werden. Im Juli vergangenen Jahres brachte die Lutherische Kirchenmission einen VW-Bus im Wert von 15 000 Euro nach Witebsk, der nun dem Kinderheim zur Verfügung steht.

Nicht besser sieht es in der benachbarten Ukraine aus. Im Sanatorium Dnjepropetrowsk mit rund 100 kranken Kindern sind die Betten durchgelegen. Matratzen und Bettwäsche fehlen, in der Küche wird noch mit Kohle gekocht und der Backofen ist seit Monaten defekt. In der Waschküche finden sich ähnlich desolate Zustände. Mittlerweile wurden neue Waschmaschinen angeschafft, die Küche modernisiert und ein neues Gruppeninhalationsgerät steht für die Patienten zur Verfügung. Auch Lebensmitteltransporte nach Weißrussland, in die Ukraine und nach Lettland werden von der Lutherischen Kirchenmission unterstützt.

Die Kirchengemeinde von Diakon Wladimir Meyerson, dessen Verfahren aus Deutschland stammen, ist noch relativ jung. 1998 wurde sie gegründet und zählt rund 100 Mitglieder. Seit dem Jahr 2000 ist Meyerson dort Diakon. Mit Stolz berichtete er vom Frauenchor „Die Lerchen“ und dem Kinderchor „Die Glocken“. Schwierig gestaltet sich das Abhalten der Gottesdienste, da hierfür keine eigenen Räumlichkeiten vorhanden sind. Veranstaltet werden sie im Flur des Kulturzentrums, der zu wenig Platz bietet und zudem kalt und zugig ist. Etliche

Mitglieder haben deshalb schon die Gemeinde verlassen.

Seinen Dank sprach Meyerson der Grünberger Gemeinde im SELK-Pfarrbezirk Allendorf/Lumda aus, von der seine Gemeinde im vergangenen Jahr Abendmahlsgeräte geschenkt bekam. Auch in Meyersons Kirchengemeinde Bobrujsk ist das Problem mit den Waisenkindern akut. Viele werden von den Eltern verstoßen und in Parks oder auf Straßen gefunden. Vorerst kommen sie dann ins Krankenhaus zur Untersuchung, später dann in das so genannte „Haus des Kindes“. Mit drei Jahren müssen sie dieses jedoch verlassen und bis zu ihrem 18. Lebensjahr im Waisenhaus leben. „Das ist ein schwieriges Problem für uns“, erklärte Meyerson. Seine Gemeinde Sorge sich um die Kinder, seine Frau, seine Tochter und eine weitere Frau helfen mit, wo sie nur können. Auch die humanitäre Hilfe, die der Kirchengemeinde zugute kommt, wird mit anderen Bedürfnissen geteilt.

Im vergangenen Jahr wurde die Partnerschaft mit der Allendorfer SELK-Gemeinde geschlossen und Meyerson begrüßte diese gerade auch im Hinblick auf zwischenmenschliche Beziehungen. Er lud Pfarrer Hans Georg Walesch und seine Gemeindeglieder herzlich nach Bobrujsk ein.

S-I

Bläsergruppe der SELK zu Gast bei tschechischer Partnerkirche

„Ökumene hautnah und praktisch erleben“

Hannover, 13.9.2003 [selk]

Zehn Tage lang war kürzlich eine lutherische Bläsergruppe aus der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) zu Gast in Gemeinden der Schlesischen Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses (SEKAB) in Tschechien. Die beiden Kirchen haben 2001 eine Partnerschaftsvereinbarung

miteinander abgeschlossen, die solche Begegnungen und eine Zusammenarbeit insbesondere auch auf kirchenmusikalischem Gebiet fördern will.

Die Bläsergruppe unter Leitung von Wolfgang Knake (Lage) nahm im Rahmen ihrer Besuchsreise an Gottesdiensten in Cesky Tesin, der Bischofsstadt der SEKAB, und in Nasvik teil und gestaltete diese musikalisch. Weiterhin standen ein Open-Air-Konzert vor dem Rathaus von Trinec und vielfältige Begegnungen mit dem Bischof der SEKAB, Vladislav Volny, und Gliedern unterschiedlicher Gemeinden der Kirche auf dem Programm. Immer wieder wurde dabei ausgiebig musiziert.

Pfarrer i.R. Gottfried Meyer (Beckendorf), selbst Mitglied der Bläsergruppe, blickt in einem Bericht dankbar auf diese Besuchsreise zurück. Trotz mancher Unterschiede, die sich in der kirchenmusikalischen Arbeit und im Frömmigkeitsleben feststellen ließen, habe sich doch auch bei dieser Reise gezeigt, wie breit die gemeinsame Basis sei: „Unvergesslich wird auch die Erfahrung bleiben, die ich auf allen Reisen der Bläsergruppe seit 30 Jahren gemacht habe. Es lohnt sich, Freizeiten mit dem Besuch von Christen in anderen Völkern zu verbinden, die Ökumene hautnah und praktisch zu erleben und darüber zu staunen, wie der Glaube an Jesus Christus eine Gemeinschaft hervorbringt, die über Grenzen der Kultur und Sprache hinweg immer wieder erfrischend und belebend ist.“

S-I

SELK: Emeritentreffen finden großen Zuspruch Bischof und Pröpste laden zum Austausch und zum Erinnern ein

Hannover, 15.9.2003 [selk]

In den Sprengeln Nord, Süd und West der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK)

fanden jetzt Emeritentreffen statt. Weit mehr als 50 Pfarrer und Kirchenräte im Ruhestand, dazu Pfarrfrauen und Pfarrwitwen folgten der Einladung des jeweiligen Propstes und des Bischofs der SELK, Dr. Diethardt Roth (Hannover).

Beim Emeritentreffen im Sprengel Nord, zu dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 11. September 2003 in Klein Süstedt (bei Uelzen) zusammenkamen, wählte der zuständige Propst Manfred Weingarten (Stadthagen) als Einstieg bei seiner Andacht das „denkwürdige Datum des 11. September“. Menschen hätten unter ganz unterschiedlichen Umständen von dem schrecklichen Geschehen in den USA gehört, seien aber alle in gleicher Weise von dem furchtbaren Ereignis betroffen gewesen. So kämen an diesem Tag zum Emeritentreffen auch Brüder und Schwestern aus ganz unterschiedlichen Lebenswegen und -erfahrungen zusammen. Aber allen gelte doch die Nachricht von der Zusage Gottes, dass Gott sein Friedensreich schafft und in der Ewigkeit vollendet. Das sei auch das Verbindende an diesem Tag.

Die am 9. September zum Emeritentreffen des Sprengels Süd in Limburg zusammengekommenen Ruheständler erwartete ein buntes Tagesprogramm, das unter anderem einen Spaziergang durch die mittelalterliche Altstadt, die Besichtigung des prächtigen Limburger Doms und der ehrwürdigen St. Johannes-Kapelle „in der Erbach“, die seit gut einem Jahr Eigentum der Limburger SELK-Gemeinde ist, umfasste. Der Propst des Sprengels Süd, Klaus-Peter Czwikla (Spiessen-Elversberg) äußerte sich rückblickend zufrieden und dankbar gegenüber selk_news: „Der ‚Weißt-du-noch-Tag‘ ist besonders angesichts der geografischen Weitläufigkeit des Sprengels Süd eine will-

kommene Gelegenheit der Begegnung der ebenso weit verstreut wohnenden Ruheständler/-innen

untereinander wie auch mit dem Bischof der Kirche und dem Propst des Sprengels. Er ermöglicht, den Kontakt zu pflegen und Freude wie Sorge in der Kirche miteinander zu teilen – zumindest alle zwei Jahre. Dass er gern und dankbar an- und wahrgenommen wird, hat sich in Limburg wie auch in den Grüßen derer, die diesmal nicht teilnehmen konnten, erneut bestätigt.“

Auch zum Emeritentreffen des Sprengels West hatte sich in Radevormwald auf die Einladung von Propst Johannes Dress (Radevormwald) hin eine Schar von Ruheständlern eingefunden, die bei gemeinsamem Essen und Trinken auch die Gelegenheit nutzten, mit dem SELK-Bischof den Weg der Kirche zu diskutieren.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen bei den Emeritentreffen insbesondere die personelle Entwicklung in der SELK: Emeritierungen, Pfarrstellenbesetzungen und theologischer Nachwuchs. Daneben wurden auch die Entscheidungen der diesjährigen 10. Kirchensynode der SELK lebhaft diskutiert. Auch ganz praktische Fragen wurden angesprochen, etwa, wie sich ein Pastor im Ruhestand in seiner Ruhestandsgemeinde verhalten solle, wenn hier und da Anlass zu Kritik gegeben zu sein scheint. So boten die Treffen die Gelegenheit, miteinander Anekdoten, Erfahrungen, Erinnerungen und natürlich Neuigkeiten auszutauschen sowie im aktuellen Geschehen im Leben der Kirche durch Fragen an den Bischof zu partizipieren.

Das Emeritentreffen im Sprengel Ost wird die Reihe der diesjährigen Begegnungen am 13. November 2003 abschließen. Die Emeritentreffen finden in der Regel alle zwei Jahre statt.

Innenrenovierung der SELK-Kirche in Oldenburg Statische Bedenken

verhindern Neugestaltung als Symbol für Gemeindefusion

Oldenburg, 16.9.2003 [selk]

Im November 2003 soll die Innenrenovierung der Oldenburger St. Trinitatis-Kirche beginnen. Es handelt sich dabei um den Gottesdienstraum einer der norddeutschen Diasporagemeinden der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK). Anlass für dieses Vorhaben ist die Renovierungsbedürftigkeit des Altarraums. Im Rahmen der Arbeiten sollte die marmorne Altarplatte aus einer Kapelle in Varel in die St. Trinitatis-Kirche integriert werden „als ein Symbol der Fusion mit der dortigen Gemeinde, die sich 1999 der Oldenburger Gemeinde anschloss“, so der Oldenburger SELK-Pfarrer, Superintendent Volker Fuhrmann. Die St. Trinitatis-Gemeinde Oldenburg und die St. Petri-Gemeinde Varel bildeten bis dahin einen gemeinsamen Pfarrbezirk. Der Beschluss, die Kapelle in Varel und damit den dortigen Predigtort aufzugeben, hatte in der innerkirchlichen Presse ein kontroverses Echo hervorgerufen und eine Diskussion über Chancen und Probleme der Diasporaarbeit angestoßen.

Die Integration der Altarplatte in den Oldenburger Kirchraum lässt sich nach Angaben von Fuhrmann nun allerdings doch nicht umsetzen: „Die Altarplatte hätte nämlich steinerne Sockel auf einem steinerne Podest im Altarraum vorausgesetzt. Und dies hätte eine solche gewichtsmäßige Zunahme für die eine Seite unserer Kirche bedeutet, die auf dem moorigen Untergrund aller Wahrscheinlichkeit nach eine Zunahme der Risse in der Gründungsplatte nach sich gezogen hätte. Aus diesem Grund mussten

wir schweren Herzens diesen Plan aufgeben.“

Die Aufgabe der Innenrenovierung, für die das „Diasporawerk in der

S-I

SELK – Gotteskasten e.V.“ in diesen Monaten um Spenden wirbt, bleibt gleichwohl eine Herausforderung für die Diasporagemeinde und für die Glieder der Gesamtkirche, die zur Unterstützung des Vorhabens aufgerufen sind. Dass sich die Bemühungen lohnen werden, dessen ist sich Superintendent Fuhrmann sicher: „Doch auch wenn der neue Altar wieder in Holz gefertigt werden muss, zeichnet sich doch eine ‚Verjüngung‘ und Verschönerung ab, die der Feier der Gottesdienste erneut einen würdigen Rahmen gibt.“

S-I

Pfarrerbild – Gemeindebild SELK: Kirchenvorstehertag des Kirchenbezirks Niedersachsen-Süd

Rodenberg, 19.9.2003 [selk]

Über 40 KirchenvorsteherInnen, Pfarrer und interessierte Gemeindeglieder aus dem Kirchenbezirk Niedersachsen-Süd der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) kamen am 13. September in den Räumen der St. Johannesgemeinde Rodenberg zusammen. Der gute Besuch dieser Bezirksveranstaltung hing offensichtlich mit dem Thema „Pfarrerbild – Gemeindebild“ zusammen. Dass dieses Thema in den Gemeinden „dran“ ist, war bereits auf der Synode des Kirchenbezirks im letzten Jahr zu spüren: Berufungsverfahren gestalten sich aufgrund der dünner werdenden Personaldecke schwieriger, Konflikte in den Gemeinden machen manchem das Herz schwer, gegenseitige Erwartungshaltungen werden eher „im Verborgenen“ geäußert. Wie aber können Pfarrer und Gemeindeglieder gemeinsam

mit ihren Kräften Gemeinde gestalten? Hier hofften die Teilnehmer, für sich Impulse und Anregungen mitnehmen zu können.

Pfarrer Stefan Förster (Göttingen), Mitglied des Bezirksbeirates, freute sich, dass er als Referenten erneut den Krankenhausseelsorger und Pfarrer Peter Wroblewski (Guben) begrüßen konnte, der es bereits auf der Bezirkssynode verstanden hatte, lebendig, anschaulich und mit zum Teil provozierenden Aussagen den Zuhörern das Thema nahe zu bringen. Dies gelang ihm auch an diesem Tag. Dabei hatte der Referent mit der kleinen „Talk-Runde“ mit einzelnen KirchenvorsteherInnen und Pfarrern über deren Bild von Pfarrer und Gemeinde „gestern“ und „heute“ einen unkonventionellen Einstieg gewählt.

Die Gemeinde und ihr Pastor – was können, dürfen, ja müssen beide von einander erwarten? Dies dann anhand der „Kirchlichen Ordnungen“ und der „Einführungsurkunde für Pfarrer“ zu beschreiben, hatte seine eigene Dynamik und so manch einer war erstaunt, wie umfassend die Beziehungen von Pfarrer und Gemeinde dem Grunde nach geregelt sind. Dabei konnten die sich hinter den Stichworten Gottesdienst, Amtshandlungen, Seelsorge, Diakonie, Mission, Unterricht, Jugendarbeit, Kreisarbeit, Mitarbeiterschaft und Verwaltung verbergenden Aufgaben nur punktuell betrachtet werden. Allein Aussagen wie „Als Pastor muss ich wissen, wo meine Gemeindeglieder stehen!“, „Was bedeuten Schutz und Fürsorge durch Kirche und Gemeinde?“ oder die Frage nach dem Lebenswandel und der damit einhergehenden Vorbildfunktion eines Pfarrers boten schon genügend Diskussionsstoff.

In seinem Referat ging Wroblewski auch auf die Bedeutung und Bearbeitung von Konflikten ein. Warum und wodurch entstehen Konflikte?

Wie kann versucht werden, sie zu lösen? Anhand von „Kommunikationsmodellen“ und Beispielen aus der Praxis konnte er den Teilnehmern wichtige Anregungen für die

„Entspannung“ von kritischen Situationen geben.

Im Anschluss an das Referat hatten die Teilnehmer schließlich noch Gelegenheit, dessen Inhalte in Arbeitsgruppen zu vertiefen, festzuhalten, was ihnen wichtig geworden war, ungeklärte Fragen zu bearbeiten, aber auch ihre kritischen Anmerkungen zu äußern und die aus der Gruppenarbeit resultierenden Gedankenanstöße im Plenum einzubringen

Dass, wenn Pfarrer und Gemeindeglieder Gemeinde gemeinsam gestalten wollen, dies auch von einem offenen Miteinander und gegenseitiger sensibler Wahrnehmung abhängig ist und sich ein Weiterarbeiten an dem Tagungsthema lohnt, dürften alle Teilnehmer des Vorstehertages als Fazit mit nach Hause genommen haben.

S-I

SELK: Hilmer weiter **Vorsitzender der Finanz-** **kommission**

Fachgremium berät
über Haushalt 2004

Hannover, 30.8.2003 [selk]

In Hannover hat sich heute die Synodalkommission für Haushalts- und Finanzfragen (SynKoHaFi) der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) in der mit der 10. Kirchensynode der SELK im Juni in Melsungen eröffneten neuen Amtsperiode konstituiert. Dabei wählte das fünfköpfige Gremium Gottfried Hilmer (Stelle bei Winsen/Luhe) erneut zum Vorsitzenden. Hilmer hatte die Kommission bereits in den vorigen zwei Amtsperioden als Vorsitzender geleitet.

Außer ihm gehören der SynKoHaFi an: Hans-Joachim Bösch (Stade), Kurt-Werner Dierks (Groß Oesingen bei Gifhorn), Christa Lenz (Biesenthal, Kreis Barnim) und Bernd Witszki (Wolfenbüttel).

Schwerpunkt der ersten Sitzung waren die Beratungen über den Haushalt der Allgemeinen Kirchenkasse der SELK für das Jahr 2004. Der Haushalt weist ein Volumen von 8.325.200 Euro aus, wobei auf der Ausgabenseite 93,5 Prozent in Personalaufwendungen fließen. Probleme ergeben sich durch Minderzusagen aus den Gemeinden: Im Rahmen des Prognoseverfahrens sind aus den elf Kirchenbezirken insgesamt 111.378 Euro weniger zugesagt worden als in der Soll-Prognose der SynKoHaFi angestrebt waren. Das Defizit soll nach einer Empfehlung der Kommission bei gleichbleibendem Auszahlungssatz der Gehälter durch eine deutliche Reduzierung des 13. Gehalts kompensiert werden.

Ernste Probleme ergeben sich hinsichtlich der Finanzen der SELK insbesondere durch einen Planstellenüberhang: Es ist im laufenden Haushaltsjahr nicht gelungen, die angestrebte Höchstzahl von besoldeten Personen einzuhalten, was zugleich unmittelbare Auswirkungen auf die Folgejahre hat. Angesichts der anhaltend angespannten Finanzsituation wurde engagiert diskutiert, ob die Anzahl der Planstellen von derzeit 132 allenfalls gehalten werden könne oder weiter heruntergefahren werden müsse.

Der Haushalt wird in einer weiteren Sitzung mit den Finanzbeiräten der Kirchenbezirke erörtert, ehe er im Oktober der Kirchenleitung und dem Kollegium der Superintendenten der SELK zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wird.

S-I

AUS DEM WELTLUTHERTUM

Braunschweig: „Klosterforum“ als Schaufenster

der Landeskirche Planungen für Begegnungs- stätte im Brüdernkloster gehen voran

Bochum, 24.9.2003 [selk]

Mit dem Ausbau des Brüdernklosters in Braunschweig zu einem „Evangelischen Klosterforum für Ethik und Kultur“ will die Landeskirche Braunschweig auf den gesellschaftlichen und kirchlichen Wandel reagieren. Das Forum soll die zentrale Begegnungsstätte der Landeskirche in der Region werden. Zum anderen erfolgt durch die Umstrukturierung der Gesamtkirchlichen Dienste auf dem Kirchen-campus in Wolfenbüttel eine Profilierung verschiedener kirchlicher Arbeitsbereiche.

Wie Oberlandeskirchenrat Peter Kollmar (Wolfenbüttel) am 20. September vor der Landessynode in Wolfenbüttel sagte, soll der westliche Kreuzgangflügel des Brüdernklosters zu einem ganzjährig nutzbaren Tagungsraum ausgestaltet werden. Dazu gehöre unter anderem eine Verglasung zum Kreuzganghof hin, die Verlegung einer Heizung, eine Beleuchtungsanlage sowie die Installation für eine zeitgemäße Kommunikationstechnik. Dieser Ausbau werde voraussichtlich 440.000 Euro kosten. In einem weiteren Bauabschnitt soll eventuelle auch der Süd- und Ostflügel ausgebaut werden.

Das neue Begegnungszentrum soll laut Kollmar die „Zeitgenossenschaft“ der Landeskirche zum Ausdruck bringen und einen Platz für ihren öffentlichen Diskurs mit den entscheidenden Kräften in Politik und Gesellschaft, Wirtschaft und

Wissenschaft bieten. Außerdem könnten kirchliche Einrichtungen und Gemeinden die entstehenden Räumlichkeiten für eigene Veranstaltungen nutzen.

Die thematische Ausrichtung soll durch ein hochrangig besetztes Ku-

ratorium, die konkrete inhaltliche Programmarbeit durch einen Leitungsausschuss gewährleistet werden. Letzterer soll in enger Kooperation mit dem Direktor des Predigerseminars stehen. Propst Armin Kraft (Braunschweig) bezeichnete das Projekt als „wichtiges Signal“, dass die Kirche das Gespräch mit den Menschen der Stadt suche. Das Klosterforum könne zum „Schaufenster der Landeskirche“ werden.

bo

Württemberg: Friedwälder sollen christliche Bestattungstradition wahren

Kirchenleitung nennt
Bedingungen für alternative
Begräbnisform

Bochum, 24.9.2003 [selk]

Der Oberkirchenrat der Evangelischen Landeskirche in Württemberg hat keine grundsätzlichen Einwände gegen Bestattungen in so genannten Friedwäldern. Denn die Form der Beisetzung habe keinen Einfluss auf das ewige Heil des Menschen, so die Begründung des kirchenleitenden Gremiums. Allerdings müssten in Friedwäldern christliche Begräbnisse möglich sein. Der christliche Glaube schreibe keine spezielle Form der Bestattung vor, so der Oberkirchenrat. Aber es gebe in Jahrhunderten gewonnene Erfahrungen der Kirchen in der Begleitung Trauernder, die in die christlichen Bestattungsfeiern eingeflossen seien. Die wichtigsten Anliegen seien, von der Auferstehung Jesu Christi zu sprechen, die Hinterbliebenen zu trösten und das

Andenken der Toten zu wahren. Diese Erfahrungen dürften bei der Einführung neuer Bestattungsformen nicht leichtfertig preisgegeben werden.

Christen, die eine Bestattung in einem Friedwald wünschen, sollten dort auch mit einer christlichen

Feier beigesetzt werden können, so das Gremium weiter. Dazu gehörten die Einladung zu einem öffentlichen Bestattungsgottesdienst und die Verwendung christlicher Symbole, vor allem des Kreuzes. Den Trauernden die christliche Hoffnung auf die Auferstehung und ein Leben nach dem Tod zuzusprechen, sei unverzichtbarer Bestandteil eines solchen Bestattungsgottesdienstes.

Die Grabstätten sollten mit dem Namen des Verstorbenen versehen sein, nur wenn der Verstorbene dies ausdrücklich ablehnt, könne nach Überzeugung des Gremiums darauf verzichtet werden. Jeder Verstorbene habe ein unverwechselbares, von Gott geschenktes Leben geführt, diese Einmaligkeit jedes Menschen dürfe auch im Tod nicht verloren gehen. Hinterbliebene sollten die Möglichkeit haben, an einen gekennzeichneten Ort der Trauer und der Erinnerung zurückzukehren.

Friedwälder sollten als Begräbnisstätte kenntlich und öffentlich zugänglich sein. Traditionell seien die Orte der Totenruhe in der Mitte bewohnter Gebiete angelegt worden, da nach christlichem Verständnis der Tod zum Leben gehört. Der Oberkirchenrat warnt davor, durch die Anlage von Friedwäldern weit außerhalb von Orten Tod und Sterblichkeit zu verdrängen und dadurch auch den Besuch der Gräber zu erschweren. Friedhöfe seien Orte nicht nur privater Trauer, sondern auch öffentlicher Gedenkkultur. Ihre Gestaltung müsse deshalb ein öffentliches Anliegen bleiben.

bo

Schweden: Bekenntnistreue „Missionsprovinz“ gegründet

Bekenntnistreue Lutheraner organisieren sich neu

Bochum, 24.9.2003 [selk]

Eine „Missionsprovinz“ haben bekennnistreue Lutheraner am 7. September 2003 im schwedischen Göteborg gegründet. Damit hat die Schwedische Kirche gegen ihren Willen eine vierzehnte, nichtterritoriale Diözese bekommen. Zur Gründungsversammlung waren einige Hundert Vertreter von Gemeinden und Gemeindegruppen aus ganz Schweden nach Göteborg gekommen, darunter auch 25 Pfarrer der Schwedischen Kirche. Bis zur Wahl eines Bischofs, die für Dezember geplant ist, wird die neue Diözese von einem „Missionsrat“ aus sechs Pfarrern und ebenso vielen Laienvertretern geleitet. Nur Gemeinden können Glieder der Missionsprovinz werden, Einzelpersonen können die Arbeit durch einen Förderverein unterstützen.

Gegner der Neugründung werfen den Beteiligten die Spaltung der Schwedischen Kirche vor. Die Verantwortlichen für die Gründung der Missionsprovinz haben nach eigener Auskunft aber nicht die Absicht, eine neue Kirche zu bilden. „Wir bleiben in der Schwedischen Kirche und führen deren evangelisch-lutherische Tradition weiter. Unsere Absicht ist es, eine Struktur und ein Netzwerk für die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gemeinschaften und anderen bekennnistreuen Gruppen zu bieten, deren kirchliches Leben und Missionstätigkeit durch die gegenwärtigen Kirchenordnungen nicht abgedeckt wird.“ Es solle vielmehr die Kirchenspaltung überwunden werden, die dadurch entstanden sei, dass die Macht in der Kirche in den Händen derer läge, die von der ursprünglichen Lehre der Schwedischen Kirche Abstand genommen

hätten, beispielsweise im Hinblick auf die Bibelauffassung, das Gottesbild, die Amtslehre, die Eheauffassung, die Missionstheologie und so weiter. Nicht länger tragbar sei zum Beispiel, dass Kandidaten der Theologie, die die Ordination von Frauen zum Amt der Kirche als unvereinbar mit der Heiligen Schrift

ansähen, nach bestandener Examen nicht zur Ordination zugelassen würden, während in der Schwedischen Kirche ein Pfarrermangel herrsche.

Die Missionsprovinz hat sich an bekennnistreue afrikanische Partnerkirchen gewandt und deren Bischöfe um die Weihe des ersten Bischofs der Missionsprovinz gebeten. Dass sie mit der Gründung der neuen Diözese das Risiko eingehen, ihrer Ämter enthoben zu werden, sei den beteiligten Pfarrern bewusst, so ihr Wortführer, Pfarrer Bengt Birgersson. Aber in einer solchen Situation müsse man Gott mehr gehorchen als den Menschen.

bo

Dänemark: Kirchenministerium streicht Pfarrstellen

Pfarrervereinigung lehnt Mehrarbeit ab

Bochum, 24.9.2003 [selk]

Alarmiert sind dänische Bischöfe und Geistliche durch die Entscheidung des Ministeriums für kirchliche Angelegenheiten, frei werdende Pfarrstellen vorerst nicht wieder zu besetzen. 40 bis 50 Gemeinden werden ohne Pfarrer bleiben müssen, wenn sie keine eigenen finanziellen Mittel zur Besoldung beisteuern. Durch Ausgaben für Versicherungen war der Haushalt des Ministeriums, aus dem die Pfarrerbesoldung bestritten wird, in die roten Zahlen geraten.

Die Bischöfe der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Dänemark erfuhren von der Entscheidung aus

einer Pressemitteilung des Ministeriums. „Das wirtschaftliche Durcheinander im Ministerium für kirchliche Angelegenheiten trifft die Kirche ins Herz,“ kommentierte der Bischof von Haderslev, Niels Henrik Arendt, die Lage, „denn hier ist die Verkündigung des Evangeliums gefährdet.“

Die dänische Pfarrervereinigung rät ihren Mitgliedern, nicht durch Überstunden die fehlenden Pfarrer zu ersetzen. Die Arbeitszeitrichtlinien der dänischen Kirche sehen z.B. vor, dass ein Pfarrer nicht mehr als zwei Gottesdienste an Sonn- oder Feiertagen leitet und nicht mehr als zwei Konfirmandengruppen unterrichtet.

bo

Slowakei: Kultur der Barmherzigkeit in Europa einbringen Synodalvertreter treffen deutsche Partner

Bochum, 24.9.2003 [selk]

Als eine bedeutsame Entscheidung und einen Ausdruck des gegenseitigen Vertrauens bezeichnete der Präsident der Slowakischen Republik, Rudolf Schuster, das erste Treffen von Vertretern der drei Partnersynoden aus den evangelischen Kirchen der Slowakei, Thüringen und Württemberg vom 11. bis 14. September in der slowakischen Hauptstadt Bratislava. Er dankte besonders der württembergischen Landeskirche für die vielfältige Hilfe an die slowakische Partnerkirche lange vor 1989.

In einer gemeinsamen Erklärung aller drei Synoden betonten die rund 60 Delegierten, dass die Kirchen bei der europäischen Einigung viel einzubringen hätten. Dies sei in erster Linie „das Evangelium von Jesus Christus sowie die Kultur der Barmherzigkeit, die sich in vielfältiger Weise in den Diensten der Kirche und ihrer Diakonie äußert“, so die Erklärung.

Der württembergische Landesbischof Gerhard Maier stellte eine große innere Übereinstimmung zwischen der württembergischen, der thüringischen und der slowakischen Kirche fest. Alle drei Kirchen seien bewusst biblisch-missionarisch tätig. Besonders beeindruckt zeigte sich Maier von der

großen Gastfreundschaft der slowakischen Kirche, die mit rund 400.000 Mitgliedern nach den Katholiken die zweitgrößte christliche Kirche in der Slowakei ist. Neben Synodalen aus den drei Kirchen nahmen auch die jeweiligen Bischöfe an dem Treffen teil sowie als Gäste die Lutherischen Bischöfe von Polen und Österreich.

bo

USA: ELCA beschließt Evangelisationsstrategie und bestätigt Zeitplan für Studien zur Sexualität

Bochum, 24.9.2003 [selk]

Die Generalversammlung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELCA) hat eine Evangelisationsstrategie für das 21. Jahrhundert und eine sozioethische Erklärung zu Fragen der Gesundheit und der Gesundheitsversorgung angenommen sowie einen neuen Vizepräsidenten gewählt. Rund 2.100 Personen, darunter 1.030 stimmberechtigte Mitglieder, nahmen an der 8. Generalversammlung der ELCA vom 11. bis 17. August in Milwaukee (Wisconsin/USA) teil.

Die Versammlung nahm eine umfassende Evangelisationsstrategie für die Kirche an. Sie empfahl diese der ganzen Kirche zur „sorgfältigen Prüfung und Umsetzung“ und bekräftigte ihre vier wichtigsten Ziele: Aufruf der Kirche zum Gebet, Vorbereitung und geistliche Erneuerung der in der Evangelisationsarbeit Tätigen, Unterweisung in der Nachfolge Jesu und Erneuerung von Gemeinden.

In einer sozioethischen Erklärung der Kirche mit dem Titel „Gemein-

sam für unsere Gesundheit“ behandelte die Versammlung die Themen Gesundheit, medizinische Versorgung, Krankheit und Heilung aus biblischer und theologischer Perspektive. Mit dieser Erklärung nahm die ELCA das Thema „Heilung der Welt“ unter dem die Zehnte Vollversammlung des Lutherischen

Weltbundes (LWB) vom 21. bis 31. Juli in Winnipeg, (Manitoba/Kanada) stattgefunden hatte.

Im Jahr 2001 hatte die Generalversammlung der ELCA einen vierjährigen Studienprozess in Auftrag gegeben, in dem geklärt werden soll, ob Menschen, die in festen homosexuellen Beziehungen leben, ordiniert werden können und ob die ELCA eine offizielle Haltung zur Segnung gleichgeschlechtlicher Paare einnehmen soll. Dazu lag jetzt ein Zwischenbericht vor. 2005 wird die Kirche auf ihrer Generalversammlung den Abschlussbericht mit den entsprechenden Empfehlungen entgegennehmen. Die Delegierten der Generalversammlung lehnten das Ersuchen mehrerer Synoden ab, die Entscheidungen zur Ordination und zur Segnung gleichgeschlechtlicher Paare auf 2007 zu verschieben, bis auch eine in Auftrag gegebene Erklärung zur menschlichen Sexualität vorliege und erörtert werden könne.

Die ELCA ist mit über fünf Millionen Mitgliedern die größte lutherische Kirche in den USA. Sie gehört seit 1988 zum LWB.

bo

VON BEKENNENDEN GEMEINSCHAFTEN

Käßmann warnt vor zu großen Zugeständnissen an Orthodoxe

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Die Landesbischofin von Hannover, Margot Käßmann, hat die protes-

tantischen Kirchen vor zu großen Zugeständnissen an die orthodoxen Kirchen gewarnt. Der Ökumenische Rat der Kirchen könne sonst „dramatisch“ an Bedeutung verlieren, sagte Käßmann laut epd Ende August im DeutschlandRadio Berlin. Sie hoffe, dass das umstrittene Kompromisspapier, das

die künftige Zusammenarbeit regelt, noch überarbeitet werde.

Die Protestanten hätten ein eigenes Kirchenverständnis, das für die Orthodoxie derzeit nicht akzeptabel sei, erläuterte Käßmann. Sie kritisierte, dass in dem Kompromisspapier Zusammenkünfte nicht mehr Gottesdienste heißen dürften und Protestanten aus orthodoxer Sicht keine Kirchen bildeten. Wegen des Papiers war Käßmann im vergangenen Jahr aus dem Zentralausschuss ausgetreten.

Nach Ansicht der Bischöfin droht den Protestanten die Gefahr, auf Weltebene nicht mit einer Stimme sprechen zu können. Die römisch-katholische Kirche werde durch den Vatikan weltweit vertreten. Den Protestanten fehle diese Stimme. Bei zu großen Zugeständnissen könne der Ökumenische Rat nicht mehr nach außen sprechen. Sie hoffe jedoch, dass die anstehende Wahl eines neuen Generalsekretärs Fortschritte bringe.

ak

Wissenschaftlerin für Ausbau ambulanter Hospizarbeit Bremer Professorin betont Gewinn durch ehrenamtliches Engagement

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Die Bremer Professorin Annelie Keil hat den Ausbau ambulanter Hospizdienste gefordert. Die Begleitung sterbender Menschen dürfe nicht allein den Professionellen überlassen werden, sagte die Gesundheitswissenschaftlerin Mitte September bei der Vorstellung der Diakonie-Stiftung „miteinander – füreinander“ in Osterholz-Scharmbeck bei Bremen. Die Bereitschaft der Gesellschaft, Kranke und Sterbende in ihrer Mitte zu lassen, wachse nur langsam. Die Hospizarbeit könne das ändern, betonte Annelie Keil.

Wer Sterbende begleite, lerne den Tod zu akzeptieren, sagte die Leiterin des Bremer Instituts für Gesundheits- und Krankenforschung. „Wir wissen, dass wir sterben müssen. Aber das Sterben müssen wir lernen.“ Wer sich um sterbende Menschen Sorge, übe die Sorge an sich selbst. „Wir tun das auch zur eigenen Menschwerdung.“ Todkranke bräuchten medizinische, soziale und spirituelle Begleitung, um in Würde sterben zu können.

Die im Juni gegründete und derzeit mit einem Kapital von 75.000 Euro ausgestattete Diakonie-Stiftung „miteinander – füreinander“ will im evangelischen Kirchenkreis Osterholz-Scharmbeck ambulante Hospizarbeit aufbauen. Im Spätherbst beginnt nach Angaben von Geschäftsführer Norbert Mathy die Ausbildung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer. Sie sollen nordöstlich von Bremen zwischen Schwanewede und Tarmstedt eingesetzt werden. Mathy hofft, dass Anfang 2004 die Arbeit beginnen kann.

Die Gründung der Stiftung falle in eine Zeit, in der sich die Schere zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut weiter öffne, sagte der evangelische Superintendent Heiko Janssen. Die Leidtragenden seien nicht nur alte, behinderte und arme Menschen, sondern auch die Wohlfahrtsverbände, die ihnen helfen wollten. Unter dem Diktat öffentlicher Sparzwänge und sinkender Zuschüsse gebe es zunehmend Probleme, Dienste wie die Schuldnerberatung zu finanzieren. Die Diakoniestiftung wolle da eintreten, wo andere Hilfe versage, ergänzte Janssen.

ak

Erster Stiftungstag appelliert an Engagement

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Der ehemalige Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, Axel Freiherr von Campenhausen, hat Mitte September in Lüneburg zu mehr bürgerschaftlichem Engagement aufgerufen. Früher sei es üblich gewesen, ein „anständiges Testament zu machen“ und darin auch Arme und Bedürftige zu bedenken, sagte von Campenhausen laut epd beim ersten Stiftungstag im Regierungsbezirk Lüneburg.

Heute könne man in Stiftungen Geld nachhaltig anlegen, sagte von Campenhausen, der Ehrenmitglied des Berliner Bundesverbandes ist. Beim ersten Lüneburger Stiftungstag stellten sich 45 Stiftungen vor. Im Regierungsbezirk Lüneburg gibt es nach Angaben von Regierungsvizepräsident Bernd Hufenreuter 275 Stiftungen mit verschiedenen Schwerpunkten. Allein im vergangenen Jahr seien 26 neu gegründet worden. Damit sei Lüneburg landesweit „Spitzenreiter“.

In Deutschland existierten rund 11.000 gemeinnützige Stiftungen, die über ein Vermögen von rund 50 Milliarden Euro verfügten, sagte der Staatssekretär im niedersächsischen Innen-Ministerium, Roland Koller. Mit den Zinserträgen des Vermögens würden gemeinnützige Zwecke gefördert. Angesichts knapper werdender öffentlicher Mittel trügen private Stiftungen zu einem „humanen Staatswesen“ bei.

ak

Liberale Juden gründen Stiftung für Synagoge in Hannover

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Mit einer neuen Stiftung will die Liberale Jüdische Gemeinde Hannover den Bau ihrer geplanten Synagoge mit angeschlossenem Gemeindezentrum vorantreiben. „Hannover ist eine der größten und wichtigsten liberalen Gemeinden in Deutschland“, sagte die Vorsitzende Ingrid Wettberg laut epd am 9. September bei der Gründungsveranstaltung. Die rund 400 Mitglieder, von denen mehr als die Hälfte aus der früheren Sowjetunion zugewandert ist, brauchen jetzt ein neues Zuhause.

Die Gemeinde hat bis Ende 2005 eine Option auf ein Gebäude der Region Hannover im Zentrum der Landeshauptstadt. Wettberg, die auch Vorsitzende der Stiftung ist, schätzt die Kosten für Kauf und Umbau des Bürogebäudes auf insgesamt 3,5 Millionen Euro. Um das Projekt finanzieren zu können, hofft die Gemeinde auf Zuwendungen von Stiftungen und anderen Organisationen. Beim Geldsammeln will ein Freundeskreis helfen, dessen Schirmherr Niedersachsens Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) ist.

Das Startvolumen der „Stiftung Liberales Judentum Hannover“ beträgt 25.000 Euro und wurde von den Mitgliedern selbst aufgebracht. Langfristig soll die Stiftung vor allem die Unterhaltung des neuen Zentrums fördern, sagte Vorstandsmitglied Alisa Bach dem epd. Möglicherweise könne die Gemeinde schon 2006 einziehen. Die Gemeinde hatte sich 1995 mit 79 Mitgliedern von der Jüdischen Gemeinde Hannover abgespalten und sich später der weltweiten Bewegung für liberales Judentum angeschlossen.

Die Dominanz des orthodoxen Judentums habe die liberalen Juden gezwungen, eigene Gemeinden außerhalb der Einheitsgemeinden zu gründen, sagte Leo Hepner, Vorsitzender des Europäischen Zweigs der Weltunion für Progressives Judentum. Der Landesrabbiner von Westfalen-Lippe, Henry G. Brandt,

würdigte die geplante Synagoge als „Beitrag zu einem weltoffenen und begeisterungsfähigen Judentum“. Im liberalen Judentum ist die Frau in allen Belangen gleichberechtigt.

ak

Grünen-Politiker streitet für Theologen Lüdemann

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Der Grünen-Landtagsabgeordnete Stefan Wenzel hat sich für den umstrittenen Göttinger Theologie-Professor Gerd Lüdemann eingesetzt. In einem laut epd am 9. September bekannt gewordenen Brief bittet Wenzel Niedersachsens Wissenschaftsminister Lutz Stratmann (CDU), die vor viereinhalb Jahren gegen Lüdemann verfügten beruflichen Einschränkungen aufzuheben.

„Erfreulich wäre eine einvernehmliche Lösung mit der theologischen Fakultät beziehungsweise der evangelischen Kirche“, schreibt Wenzel. Sollte ein solches Einvernehmen nicht zu erreichen sein, schlage er vor, „die Professur von Herrn Lüdemann mit voller Prüfberechtigung an der philosophischen Fakultät der Universität Göttingen anzusiedeln“.

Die Hochschule hatte im Dezember 1998 nach Abstimmung mit der evangelischen Kirche verfügt, dass der Wissenschaftler statt des Faches „Neues Testament“ künftig das neu eingerichtete Fach „Geschichte und Literatur des frühen Christentums“ vertreten muss. Damit stand Lüdemann auch kein wissenschaftlicher Assistent mehr zu.

Der Theologe, der sich zuvor in mehreren Büchern und Interviews vom Christentum losgesagt hatte, darf seitdem auch keine theologischen Prüfungen mehr abnehmen und bei Promotionen und Habilitationen nicht mehr mit-

wirken. Mehrere Gerichte bestätigten die Verfügungen.

Nach Ansicht Wenzels widersprechen die Maßnahmen gegen Lüdemann der liberalen Tradition der Göttinger Universität. Von der Hochschule seien schon im 18. Jahrhundert Impulse ausgegangen, die „überkommene Rechte und Pfründen in Frage stellten und einen Beitrag zur Entwicklung der Grund- und Menschenrechte leisteten“. Es sei eine „Ironie der Geschichte“, wenn 250 Jahre später ein Professor der Universität für kritische Äußerungen bestraft werde.

ak

Missionswerk erinnert an Stapellauf vor 150 Jahren

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Das Evangelisch-lutherische Missionswerk in Niedersachsen erinnert am 27. September im Hermannsburger Ludwig-Harms-Haus an den Stapellauf seines ersten Missionschiffes „Candace“ vor 150 Jahren. Am 27. September 1853 wurde das vom Missionsgründer Ludwig Harms in Auftrag gegebene Schiff in Harburg zu Wasser gelassen, teilte das Missionswerk laut epd am 16. September mit.

Mit den Fahrten des Zweimasters, die zunächst ins südafrikanische Natal führten, begann die internationale Arbeit des Missionswerkes. Heute hat es nach eigenen Angaben Verbindungen in weltweit 18 Länder. Bei der Jubiläumsfeier um 15 Uhr wird eine hölzerne „Candace“ eingeweiht. Der Missions-Jugendreferent und gelernte Bootsbauer Niels von Türk hat einen Teil eines Schiffsrumpfes mit Mast gebaut, der in die Dauerausstellung im Ludwig-Harms-Haus aufgenommen wird.

Es sei ein Symbol, dass auf diese Weise „Candace“ nach Hermanns-

burg zurückkehre, sagte der Bildungsreferent des Missionswerkes, Pastor Georg Gremels, der das Jubiläum moderiert. Mission gehe nicht nur in eine Richtung. „Wir glauben, dass durch die Partnerkirchen in Übersee Impulse zu uns kommen.“ Der Schiffsbau durch einen Heidepastor sei auch aus heutiger Sicht mutig, sagte Gremels. Heute müsste das Missionswerk einen Firmenjet anschaffen, „dann hätte es die Kühnheit von Ludwig Harms“.

ak

Nach dem 11. September weniger anonyme Bestattungen

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Der Trend zu anonymen Bestattungen auf Gräberfeldern ist nach Angaben der Steinmetz- und Bildhauerinnung gebrochen. Dieser Wandel sei auf die Trauer um die Opfer der Terroranschläge in New York am 11. September 2001 zurückzuführen, sagte der Geschäftsführer des Landesverbandes der Steinmetze, Wolfgang Damasch, laut epd am 16. September in einer Pressekonferenz auf dem Braunschweiger Hauptfriedhof.

Der 43 Hektar große Friedhof mit rund 50.000 Gräbern und jährlich 2.000 Bestattungen ist der größte kirchliche Friedhof der Bundesrepublik. Am 28. September beteiligt er sich am bundesweiten „Tag des Friedhofs“. Die Öffentlichkeitsbeauftragte der Propstei Braunschweig, Pfarrerin Kristina Kühnbaum-Schmidt, bestätigte, dass Angehörige wieder ihren eigenen Ort der Trauer suchten. Eine anonyme Bestattung habe oft „verheerende Folgen“ für die Angehörigen.

Steinmetze und Friedhofsgärtner berichteten, dass die Gräber und Grabsteine immer individueller und bunter werden. Neue Verarbei-

tungstechniken bis hin zur Einbeziehung von Glas, Metall und Kunststoff begünstigten diese Entwicklung. An die Stelle des schwarz polierten Grabsteins trete eine Vielfalt von Formen und Farben, sagte Steinmetz-Obermeister Gerald Peters.

Friedhofsleiter Jörg Bunke bestätigte, dass die Friedhofssatzungen mit ihren Einschränkungen gelockert wurden. Auf dem Braunschweiger Hauptfriedhof gebe es sogar Flächen, auf denen die allgemeine Gestaltungssatzung überhaupt nicht gelte.

ak

Mehr Studienanfänger in Krelingen

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

14 Prozent mehr Studienanfänger als im vorigen Jahr hat das Geistliche Rüstzentrum Krelingen. Dies meldet die Nachrichtenagentur idea. 24 Frauen und Männer haben dort ihr theologisches Vorstudium aufgenommen. „Obwohl an den theologischen Fakultäten immer noch sehr wenige ein Theologiestudium beginnen, hält in Krelingen der positive Trend der letzten Jahre an“, so Studienleiter Erhard Berneburg. Das Vorstudium umfasst Sprachkurse in Griechisch und Hebräisch; ab 2004 wird auch ein Latein-Ferienkurs angeboten.

ak

„Wir sind das Gewissen der Kirche“

31-Jähriger leitet Kirchliche Sammlung in Bayern

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

An der Spitze der Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern (KSBB) hat es einen Wechsel gegeben. Dies meldet die Nachrichtenagentur idea. Neuer Vorsitzender ist der Religionspädagoge Andreas Späth (Ansbach). Der 31-Jährige wurde Mitte

August in einem Festgottesdienst in der Münchner Paul-Gerhardt-Kirche in sein Amt eingeführt. Späth hat die Nachfolge von Pfarrer Friedrich-Wilhelm Künneth (70) angetreten, der die theologisch konservative Vereinigung fast ein Vierteljahrhundert leitete. Künneth wird sich als Spiritual der KSBB-Bruderschaft „fraternitas praedicatio“ (Bruderschaft für Verkündigung) verstärkt geistlichen und seelsorgerlichen Aufgaben widmen. Späth, der auch zur Leitung des Arbeitskreises Bekenntender Christen (ABC) in Bayern gehört, will nach eigenen Worten die Bekenntnisarbeit Künneths fortsetzen: „Wir dürfen nicht aufhören zu hoffen, dass die Kirche eines Tages wieder auf einen bibeltreuen Kurs zurückfindet.“ Die Kirchliche Sammlung bleibe „das Gewissen der Kirche in einer glaubensschwachen Zeit“.

ak

Europäischer Kreationistenkongress: Information entsteht nicht von allein

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Immer mehr wissenschaftliche Erkenntnisse sprechen dafür, dass Gott die Welt geschaffen hat. Dieses Fazit zog der deutsche Informatiker Professor Werner Gitt (Braunschweig) laut idea nach einem sechstägigen Europäischen Kreationistenkongress der Mitte August im südschwedischen Gullbrannagarden stattfand. An der Tagung beteiligten sich rund 150 Geologen, Informatiker, Physiker, Chemiker, Biologen und Ingenieure aus 15 Ländern. Sie stimmten überein, dass die Welt unmöglich durch Evolution entstanden sein können, sagte Gitt, der von 1978 bis 2002 Direktor und Professor bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig war, gegenüber idea. Wie der israelische Physiker Lee Spetner (Jerusalem)

gezeigt habe, gebe es keinen Nachweis dafür, dass Informationen von allein entstünden. Alle untersuchten Veränderungen von Genen bewiesen vielmehr, dass Mutationen im Molekularbereich im allgemeinen zum Verlust von Informationen führten. Der englische Universitätsdozent Stuart Burgess (Bristol) habe die Behauptung widerlegt, dass es aus biologischer Sicht zwischen Mensch und Affe nur geringfügige Unterschiede gebe. Eine genaue Betrachtung von Knochengewebe, Sprache und 18 weiteren Merkmalen beweise das Gegenteil.

Hälfte der Befragten bewerte die Führungskompetenz kirchlicher Vorgesetzter als schlecht. Nur etwas mehr als ein Drittel finde Führung in der Kirche „gut“, der Anteil liege bei jüngeren Kollegen deutlich niedriger als bei älteren.

Schwerpunkte der Tätigkeit von Pfarrern bleiben nach wie vor Gottesdienst und Seelsorge. Diese Arbeitsbereiche wurden am häufigsten angekreuzt. Ganz unten auf der Tätigkeitsliste stehen Teamleitung und Jugendarbeit.

Zufriedenheitsstudie in Hessen-Nassau: Image der Kirche „katastrophal“

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Die Mehrheit der Pfarrer in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) würde den eigenen Kindern nicht empfehlen, Theologie mit dem Berufsziel Pfarrer zu studieren. Zu diesem Ergebnis kommt laut idea eine Befragung, bei der 1.015 Pfarrer über ihre Zufriedenheit Auskunft gaben. Demnach würden nur 8 Prozent der Amtsträger ihrem Nachwuchs „immer“ zum Pfarrberuf raten. 26 Prozent würden das „wahrscheinlich“ tun. Dagegen geben 14 Prozent an, den Kindern ganz abzuraten, 41 Prozent würden das Berufsziel Pfarrer „eher nicht“ empfehlen. Durchgeführt hat die Befragung der evangelische Pfarrer und Unternehmensberater Dieter Becker (Frankfurt am Main). Er stellte erste Ergebnisse während eines Forums des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer in

Deutschland (AEU) vor, das vom 27. bis 28. August in der Evangelischen Akademie Arnoldshain (Taunus) stattfand. Laut Becker ist das Image der EKHN bei jungen und alten Pfarrern „katastrophal“. Fast die

Missiologe warnt: Junge Christen nicht leichtsinnig in die Mission senden

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Der Vorsitzende des Arbeitskreises für evangelikale Missiologie (AfeM), Professor Klaus W. Müller (Gießen), hat dazu gemahnt, junge Christen erst nach einer gründlichen Ausbildung in die Weltmission zu entsenden. Es sei „erschreckend, wie leichtsinnig manche Gemeinden und Missionswerke ihre Mitarbeiter in den Missionsdienst senden“. Die Berufung in diesen Dienst sei kein mystischer Vorgang, der automatisch alle dafür notwendigen Fähigkeiten vermittele, sagte der Missiologe, der an der Freien Theologischen Akademie Gießen lehrt, laut idea am 30. August in Wiesbaden. Neben der geistlichen brauche der Missionar auch soziale und fachliche Kompetenz. Die Anforderungen an Missionare seien in den vergangenen 50 Jahren enorm gestiegen, unter anderem wegen der Globalisierung. In manchen Einsatzländern seien Empfänger der christlichen Bot-

schaft inzwischen besser ausgebildet als deren Boten: „Zurecht erwarten die Leute, dass wir ihnen auf ihrer intellektuellen und sozialen Ebene begegnen.“

USA: Riesengemeinden bleiben die Ausnahme

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Auch in den Vereinigten Staaten sind christliche „Riesengemeinden“ mit mehreren tausend Besuchern die Ausnahme: Die meisten Kirchengemeinden sind klein und ihre Gottesdienste sind beliebter als die der großen. Das belegt laut idea eine aktuelle Befragung des Meinungsforschungsinstituts Barna in Ventura (Kalifornien) von etwa 4.500 Erwachsenen. 41 Prozent von ihnen bevorzugen Kirchen mit Gottesdiensten unter 100 Besuchern, nur zwölf Prozent gehen in einen Gottesdienst mit mehr als 1.000 Menschen. 60 Prozent der christlichen Gemeinden in den USA haben durchschnittlich weniger als 100 Gottesdienstbesucher. Lediglich zwei Prozent ziehen mehr als 1.000 Menschen an. „Klein ist fein“ – diesem Motto folgt vor allem die Generation der unter 35-jährigen. Meinungsforscher George Barna sieht dafür zwei Gründe: Zum einen hätten sie oft noch keine Kinder oder erst Babys und seien somit nicht auf das umfangreiche Programm einer großen Kirche für die Kleinen angewiesen. Zum anderen habe diese Altersgruppe eine Abneigung gegen Großveranstaltungen und suche den persönlichen Kontakt.

Die Studie zeigt, dass kleine Gemeinden dazu tendieren klein zu bleiben, während große oft wachsen. Barna führt dies darauf zurück, dass es kleineren Gemeinden oft an finanziell gutsituierten

und für Leitungsaufgaben qualifizierten Gliedern mangle. Dennoch spielten die kleinen Gemeinden eine wichtige Rolle im

ak

ak

religiösen Leben. Sie erreichten Millionen junger Erwachsener.

ak

Bischof Fischer: Pfarrer sind der „Schatz der Kirche“

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Pfarrerinnen und Pfarrer sind der „Schatz der Kirche“. Dieser Ansicht ist laut idea der Bischof der Evangelischen Kirche in Baden, Ulrich Fischer (Karlsruhe). Er dankte den 250 Teilnehmern des Badischen Pfarrertags, der am 14. und 15. September in Schwetzingen bei Heidelberg stattfand, dass sie mit viel Phantasie Gottes Liebe den Menschen vermittelten. Zugleich erinnerte er die Geistlichen daran, dass sie nicht allein Verantwortung für eine glaubwürdige Verkündigung tragen müssten. Auch die gottesdienstliche Kultur sowie Kirchenräume prägten die Menschen. In diesen „heiligen Räumen“ werde teilweise seit Jahrhunderten geglaubt, gebetet und gezweifelt. Dadurch seien Kirchen „Kraftorte“, die Menschen mit ihren Tränen und ihrem Jubel heiligten. „Ich will dazu ermutigen, stolz zu sein auf unsere Kirchen und auf unsere Kirche und zu überlegen, was wir an unseren Kirchen und an unserer Kirche haben“, sagte Fischer.

ak

Islam-Experte: Kirche und Politik unterschätzen islamistische Bedrohung

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Der Islam-Experte, Buchautor und Journalist Udo Ulfkotte (Frankfurt am Main) hat davor gewarnt, die Gefahren durch den Islamismus in Europa zu unterschätzen und zu verharmlosen. Dies meldet die Nachrichtenagentur idea. „Wenn ich Politiker und Kirchenvertreter heute auf Veranstaltungen sehe,

wo sie Islamisten die Hand schütteln, dann bin ich eigentlich ganz froh, keine Kinder zu haben“, sagte der bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung tätige Redakteur in einem Interview mit dem Christlichen Medienmagazin „pro“ (Wetzlar). Zwar lagerten im Bundeskriminalamt ganze Schrankwände voller Berichte über Islamisten, aber es fehle der Wille in der Politik, den Kampf gegen die Hintermänner des Islamismus als eine „neue Großbaustelle“ aufzunehmen. Ulfkotte zufolge handelt es sich nicht nur um zehn oder 20 Gruppen, die man verhaften müsste. In beinahe jeder deutschen Kleinstadt gebe es heute Unterstützer des Islamismus.

Nach Einschätzung Ulfkottes nimmt die Zahl der Europäer zu, die nach dem Verlust des eigenen Wertesystems islamistischen Bauernfängern in die Netze liefen. „Konvertiten zählen in Deutschland zu den radikalsten Islamisten.“ Ulfkotte geht davon aus, dass es langfristig auch in Europa zu Terroranschlägen islamistischer Kreise kommen wird. Der Autor war in den vergangenen Monaten aufgrund seines Buches „Der Krieg in unseren Städten – Wie radikale Islamisten Deutschland unterwandern“ von Dutzenden islamistischer Verbände verklagt worden. Wer in Deutschland über Islamisten öffentlich berichte, gerate schnell von vielen Seiten unter Druck, so Ulfkotte.

Er warnt davor, Islamisten „brav Pfötchen“ zu geben. Ihr Ziel bestehe darin, auf der ganzen Welt Kalifate zu gründen, also Staaten, in denen ein Stellvertreter Allahs politisch, wirtschaftlich, religiös und juristisch das letzte Wort hat. Viele Journalisten hielten das für Hirngespinnste, weil islamistische Ideologen „in Gesprächen täuschen, tricksen und lügen“. Er könne, so Ulfkotte, Journalisten nicht mehr ernstnehmen, die zugleich die Worte Islam und Toleranz in den Mund nähmen.

„Der Islam ist alles, nur nicht wirklich tolerant.“ Davon könnten sich Europäer beispielsweise in Saudi-Arabien überzeugen.

ak

Diakonie nimmt Sozialhilfeempfänger in Schutz

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Die Diakonie nimmt mit einer Broschüre Sozialhilfeempfänger gegen Vorurteile in Schutz. Berichte über einzelne Missbrauchsfälle würden immer wieder benutzt, um die Gesamtheit der rund 2,7 Millionen Empfänger der Hilfe zum Lebensunterhalt als „Schmarotzer“ abzuwerten, kritisierte der hannoversche Diakoniedirektor Henning Brandes am 27. August. Das Existenzminimum dürfe nicht noch weiter herunterdefiniert werden, fordert er im Vorwort zur Broschüre „Sozialhilfe - Argumente gegen Vorurteile“.

Missbrauch der Sozialhilfe sei selten und werde immer mehr erschwert, heißt es in der Broschüre. Die massive Überwachung schrecke eher davon ab, die Hilfe zu beantragen. Nur die Hälfte der Berechtigten mache ihre Ansprüche überhaupt geltend. Die Hilfe zum Lebensunterhalt mache nur 1,4 Prozent des gesamten Sozialbudgets aus. Bei den Kürzungsdebatten scheine es weniger um die Leistungsfähigkeit des Sozialstaats als um die Senkung des Lohnniveaus zu gehen, kritisieren die Verfasser.

Rund zwei Millionen Empfänger sind nach Angaben der Diakonie nicht erwerbsfähig, darunter mehr als eine Million Kinder. Von den etwa 700.000 Erwerbsfähigen gehe rund die Hälfte einer Beschäftigung nach, sei aber weiterhin auf Sozialhilfe angewiesen. 59 Prozent der Antragsteller hätten schon nach einem Jahr ihre Bedürftigkeit

wieder überwunden. Von „Drückbergern“ könne man nicht reden, wenn für vier Millionen Arbeitslose nur 1,5 Millionen Stellen offen stünden.

Sozialhilfe sei im Recht auf eine menschenwürdige Existenz begründet, schreibt Direktor Brandes im Vorwort. Nach den Erfahrungen der diakonischen Berater setzten die meisten Ratsuchenden ihre ganze Kraft dafür ein, bald wieder von der Sozialhilfe unabhängig zu werden. Brandes hob besonders die „ernsthaften und konsequenten Bemühungen“ von Alleinerziehenden hervor.

Die Broschüre „Sozialhilfe – Argumente gegen Vorurteile“ wurde von einer Projektgruppe des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) erarbeitet und vom Diakonischen Werk der hannoverschen Landeskirche herausgegeben. Sie ist im Internet unter www.diakonie-hannovers.de erhältlich. Ab Mitte September kann sie telefonisch bei Diakonischen Werk in Hannover unter der Nummer 0511/3604-286 angefordert werden.

ak

• STICHWORT

Transzendente Meditation (V: Schluss)

Zunächst der verkürzte Bericht eines Aussteigers, der möglicherweise nicht repräsentativ ist, sondern einseitig und subjektiv klingt, jedoch m.E. gut und verständlich zeigt, wie die Transzendente Meditation (TM) sich auswirken kann. Er sagt, dass er regelmäßig 2-mal täglich je 15 Minuten sein Mantra in entspannter Haltung fest und konzentriert meditiert hat, um in den Genuss aller versprochenen Vorteile zu kommen. Dann erzählt er, was bei dieser Anwendung der

TM in ihm schließlich vorgegangen ist: Es schien mir, meine beiden Gehirnhälften würden so auseinandergezogen, als hätte ich lange Zeit in einer dunklen Gruft gelebt und dürfte nun den Ausweg zum Licht finden. Mein Hinterkopf schien sich zu verlängern und zu einer Art Gewölbe sich zu entwickeln, das ich deutlich vor Augen hatte und durch das ich scheinbar hindurchschritt. In der Ferne sah ich ein Licht. Später tauchte ich bei meinen Meditationen in das All ein, wobei ich die Wolke über dem Ozean bildete; dann stieg ich abwärts, aber die Dunkelheit in der Tiefe auf dem Meeresgrund wurde für mich ganz hell. Einmal bohrte sich mein Mantra wie ein glühender Pfeil durch einen großen Eisberg, danach durch einen brodelnden Vulkankrater in die Tiefe. Um mich herum meinte ich glühendes Lava wahrzunehmen, das unter Zuckungen meines Kopfes nach oben flog (soweit der Aussteiger).

In diesem Schlussbeitrag sollen einige kritische Anmerkungen und Überlegungen für eine Beurteilung der Transzendentalen Meditation zur Sprache kommen.

Die TM ist keine eigenständige Religion, sondern gehört ihrem Ursprung nach zum Hinduismus. Aber sie hat z.B. in Indien keine Tempel und andernorts keine entsprechenden Gebäude für kultische Handlungen. Es gibt in ihr keine Priester oder vergleichbare Amtsträger, sondern Lehrer, Meister und sogenannte Gouverneure, die Kurse durchführen zum Erlernen und Praktizieren der TM-Technik.

Der Anspruch der TM, weltanschaulich und religiös eine neutrale Wissenschaft zu sein, ist nicht akzeptabel. Über die hinduistisch-religiösen Hintergründe der TM ist in den vorhergehenden vier Beiträgen einiges gesagt worden, was für eine sachgerechte Beurteilung wichtig ist und im folgenden

um wenige Aspekte ergänzt werden soll:

- 1.) Die TM versteht sich als „Wissenschaft der schöpferischen Intelligenz“ und beruht auf der Lehre, dass sich hinter allem Geschaffenen als letzte Wirklichkeit das „Brahma“, also das kosmische Bewusstsein, verbirgt. Maharishi Mahesh Yogi (MM Yogi) verwendet für „Brahma“ auch den Begriff „das Göttliche“. Weil nach MM Yogi jeder Mensch an „Brahma“ teilhat, sozusagen einen Funken von „Göttlichem“ in sich trägt, kann er das „Göttliche“ in sich selbst entdecken und aktivieren, wenn er TM richtig und regelmäßig praktiziert. Diese Auffassung ist mit dem biblischen Schöpfergott als dem Gegenüber des Menschen und mit Jesus Christus als unserem Erlöser nicht vereinbar, sondern trägt religiöse Züge einer Selbsterlösung.
- 2.) Der hinduistisch-religiöse Hintergrund der TM kommt besonders deutlich in der 4. Stufe des Siebenstufenplans zum Vorschein, also bei dem Einweihungsritual (siehe SELK.Info Nr. 279, S. 26f.), an dem der Kandidat aktiv und passiv beteiligt ist: aktiv durch die Opfertgaben und das Ausziehen der Schuhe sowie durch die Verbeugung und göttliche Verehrung vor dem Bild des Guru Dev; passiv durch das Anhören des kultischen Liedtextes: „Vor der persongewordenen Herrlichkeit des Herrn verneige ich mich, an dessen Pforte die Götter, unendlich an Zahl, um Vollkommenheiten beten Tag und Nacht, Lehrer der ganzen Welt: wenn wir uns vor ihm verneigen, gewinnen wir Erfüllung. Der die Fähigkeit hat, die Wolke der Unwissenheit von uns Menschen wegzunehmen, der hervorragende

Befreier, Brahmanda Saraswati, der höchste Lehrer, voll des Glanzes: ihn bringe ich in mein Bewusstsein“ (nach R. Hauth: Transzendente Meditation – neue Wege zum Heil? Schriftenmissionsverlag, Gladbeck 1979, S. 18f.).

- 3.) Die „Weltregierung des Zeitalters der Erleuchtung“ gilt als das direkte Mittel, alle Probleme im Leben des Menschen und auf der ganzen Welt zu lösen. Diese Heils-ideologie steht im Gegensatz zur konkreten Weltsituation und zum biblisch orientierten Welt- und Menschenbild. Zudem ist festzustellen, dass es TM bisher nicht gelungen ist, gesellschaftliche und politische Probleme mit Hilfe der von ihr propagierten Technik zu lösen. Anders lautende Behauptungen sind falsch.
- 4.) Zum biblisch orientierten Menschenbild gehören auch Krankheit, Leid und Tod. Diese Tatsachen und Lebens-erfahrungen haben im Denken der TM keinen Platz. Eine Auseinandersetzung mit den dunklen Seiten der Wirklichkeit findet nicht statt. TM kommt dem natürlichen Bedürfnis des Menschen entgegen, in der Selbstverwirklichung das Glück zu finden. TM propagiert nur Erfolgsberichte, positive Auswirkungen mit letztlich unbegrenzten Möglichkeiten.
- 5.) Nach dem Weltbild der TM befindet sich unsere durch Selbstentfremdung entstandene Welt in einem ständigen Prozess der Höherentwicklung zu immer mehr Lebens-erfüllung und Glückseligkeit. Was diesem Prozess in Form von Kriegen, Krankheit und Konflikten als Produkten falschen Bewusstseins entgegensteht, kann – angeblich – mit der TM-Technik wegmeditiert werden. Christliche Weltver-

antwortung und Zukunftshoffnung weiß um Gottes Schöpfungs- und Erlösungshandeln in Jesus Christus.

- 6.) Am 16. Juli 2000 hat MM Yogi anlässlich des „Goldenen Jubiläums“ seines verehrten Hindu-Lehrers, des 1953 verstorbenen Gurus Dev (siehe SELK.Info Nr. 278, S. 18) eine Grundsatzrede zum Stichwort TM gehalten, die weltweit über den Maharishi Channel ausgestrahlt wurde. In der deutschen Übersetzung heißt es: „Die amerikanische Dominanz der Welt, die britische Dominanz der Diplomatie und die deutsche Dominanz des Handels und all das muss zerstört werden... Ich möchte sagen: Wenn Sie eine deutsche Maschine kaufen, unterstützen Sie Ihre eigene Zerstörung. Verbieten Sie deutsche Waren, verbieten Sie britische Waren, verbieten Sie amerikanische Waren. Verbieten Sie amerikanische Botschaften, verbieten Sie deutsche Botschaften. Beseitigen Sie sie aus Ihrem Land.“ Dieses Zitat zeigt, dass MM Yogi mit seiner TM-Technik alle Lebensbereiche bis hinein in die Politik durchdringen will. Er lehnt in seiner Grundsatzrede demokratische Staatsformen ab, fordert absolutistische Regierungsformen und fordert alle Regierungen der Welt auf, Gesetze zu erlassen, die gemäß der „Schöpferischen Intelligenz“ die täglich 2mal zu praktizierende TM vorschreiben. Auf diesem Weg würden die Regierungen erfolgreich dazu beitragen, die Probleme der Menschheit zu lösen. Den vollständigen Text der Grundsatzrede in deutscher Sprache bekommt man im Internet unter http://www.tm-portal.de/news_16.htm. Weitere Informationen über die TM aus eigener Sicht im Internet

unter
<http://www.Maharishi.de>.

Von Maharishi-Anhängern wird gelegentlich darauf hingewiesen, dass die Meditationstechnik der TM zu einem tieferen Verständnis des christlichen Glaubens führen und vor allem zu einer Bereicherung des christlichen Gebetslebens beitragen könne. Darauf ist zu antworten mit dem Hinweis, dass die biblische Botschaft Jesu Christi vom Evangelium und dem Reich Gottes einerseits und die Heils-ideologie der TM in ihrer klassischen, von MM Yogi entwickelten und von mir dargestellten Form mit ihrer utopischen, evolutionären Zukunftsvision eines dauerhaften Friedens andererseits nicht miteinander vereinbar sind und sich deswegen gegenseitig ausschließen. Im übrigen ist festzustellen, dass an Orten, an denen der Maharishi-Effekt, also die 1% der TM-Meditierenden, schon erreicht bzw. überschritten ist, die versprochenen positiven Veränderungen und paradiesischen Zustände nicht eingetreten sind.

Verfasser: Pfarrer i.R. Hinrich Brandt,
Beauftragter der SELK für Weltan-
schauungsfragen,
Ostlandstr. 19, 31863 Coppenbrügge

NACHRICHTEN AUS DER ÖKUMENE

LWB: Gemeinsame Erklärung ausdrücklich und offiziell unterzeichnet

Genf, 9.9.2003 [KNA]

Mit Unterzeichnung der Gemeinsamen Offiziellen Feststellung (GOF) am 31. Oktober 1999 in Augsburg durch VertreterInnen des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen und des Lutherischen Weltbundes (LWB) ist die Gemeinsame Erklärung zur

Rechtfertigungslehre (GE) von beiden Seiten ausdrücklich und offiziell unterzeichnet worden. Dies unterstrich der Assistierende Generalsekretär für Ökumenische Angelegenheiten des LWB, Pfarrer Sven Oppegaard, nach Mitteilung des LWB in Genf in einem Leserbrief an die FAZ. Oppegaard reagierte damit auf eine Leserbriefdebatte, „die durch einen Artikel von Heike Schmoll ausgelöst wurde“. Schmoll hatte in der FAZ vom 26. Juli betont, die GE sei nie vom Vatikan unterschrieben worden, sondern nur die GOF „mit einer aus protestantischer Sicht sehr römischen Wahrnehmung der lutherischen Rechtfertigungstheologie“. Unterstützung fand Schmoll durch die Theologin Dorothea Wendebourg.

Kasper: Abenteuerliche Vorstellung

In einem am 7. August in der FAZ veröffentlichten Leserbrief hatte der Präsident des Einheitsrates, Kardinal Walter Kasper, bereits auf die Behauptung Schmolls, der Einheitsrat sei „eine nachgeordnete Behörde ohne Richtlinienkompetenz in den wirklich entscheidenden Fragen der Lehre der Kirche“, reagiert. Es sei eine „geradezu abenteuerliche Vorstellung, zu meinen, der Präsident des Einheitsrates habe ohne Rücksprache, in diesem Fall ohne ausdrückliche Zustimmung der Glaubenskongregation und des Papstes selbst, einer theologisch so weitreichenden Erklärung zugestimmt“, so der Kurienkardinal.

Oppegaard stellt in seiner Erwiderung klar, dass die GOF mit den Worten schließt: „Durch diesen Akt der Unterzeichnung bestätigen die Katholische Kirche und der Lutherische Weltbund die Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre in ihrer Gesamtheit.“

Auf die Behauptung Wendebourgs, die LWB-Mitgliedskirchen hätten zur GOF und ihrem Anhang nicht Stellung bezogen, antwortet Oppegaard, der Text des Anhangs sei allen Mitgliedskirchen rechtzeitig vor der Tagung des LWB-Rats Ende Ju-

ni 1999 zusammen mit ausführlichen Informationen zum Verfahren vorgelegt worden. Der Rat habe in der Folge eine Entschließung angenommen, „mit der ‚die Unterzeichnung der Gemeinsamen Offiziellen Feststellung mit ihrem Anhang und dadurch die Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung, die für den 31. Oktober 1999 in Augsburg geplant‘ war, offiziell gebilligt wurde“.

„Tiefe Kluft überbrückt“

Im Blick auf die GE bringe die Botschaft der Zehnten LWB-Vollversammlung vom 21. bis 31. Juli 2003 im kanadischen Winnipeg „in angemessener Weise sowohl den positiven Wert des bereits Erreichten als auch die noch verbleibenden Aufgaben zum Ausdruck“. In ihrer Botschaft hatten die rund 380 Delegierten der LWB-Mitgliedskirchen in Winnipeg erklärt, dass sie als LutheranerInnen bekräftigen, „dass die Rechtfertigungslehre der Artikel ist, mit dem die Kirche steht oder fällt. Wir freuen uns, dass mit der Unterzeichnung der ‚Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre‘ durch den LWB und die römisch-katholische Kirche im Jahr 1999 eine tiefe Kluft überbrückt worden ist. Die gegenseitigen Verurteilungen in Bezug auf die Rechtfertigung gelten nicht.“

k-n

Zentralgestalt der Ökumene in Russland Gedenkveranstaltungen zu Ehren von Metropolit Nikodim

Moskau, 9.9.2003 [KNA]

Mit Tagungen und Vorträgen in Smolensk, Moskau, Fribourg, Bosc (Piemont) und Regensburg erinnern die Kirchen in diesen Wochen an Metropolit Nikodim (Rotow). Vor 25 Jahren, am 5. September 1978, erlag der russisch-orthodoxe Metropolit von St. Petersburg in der

Privatbibliothek des Papstes einem Herzschlag, als er dem neugewählten Papst Johannes Paul I. die Glückwünsche des Moskauer Patriarchats überbringen wollte.

Den Auftakt der Gedenkveranstaltungen bildete Anfang vergangener Woche eine wissenschaftliche Tagung in Smolensk, die gemeinsam vom orthodoxen Theologischen Seminar Smolensk und dem Ostkirchlichen Institut Regensburg verantwortet wurde. Das Hauptreferat hielt Metropolit Kirill von Smolensk, Nachfolger von Metropolit Nikodim in der Leitung des Außenamtes des Moskauer Patriarchats.

Nikodim Rotow (1929-1978) hatte eine steile kirchliche Karriere absolviert; heute wird – auch auf Grund von Dokumenten – klarer gesehen, dass er kein „fellow traveller“ des KGB war, sondern sich vom kirchlichen Interesse leiten ließ.

Der Metropolit war die Zentralgestalt der ökumenischen Bewegung in der russisch-orthodoxen Kirche; er hatte in den sechziger Jahren die Öffnung der russischen Orthodoxie zur Ökumene vermittelt. 1961 führte er die Russische Kirche in den Ökumenischen Rat der Kirchen. 1962 sorgte er dafür, dass das Moskauer Patriarchat Beobachter zum zweiten Vatikanischen Konzil entsandte. – Am 9. Oktober 1969 wurde er im Dom zu Regensburg von dem damaligen Bischof Rudolf Graber empfangen. Seither studieren auch russisch-orthodoxe Theologen in Regensburg.

k-n

Samuel Kobia neuer ÖRK-Generalsekretär

Genf/Hannover, 2.9.2003 [KNA]

Der Zentralkomitee des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) hat den Kenianer Dr. Samuel Kobia (56) als Nachfolger von Konrad Raiser zu seinem neuen General-

sekretär gewählt. Laut Mitteilung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) erhielt er 78 zu 52 Stimmen bei vier Enthaltungen. „Die EKD werde mit Samuel Kobia gut zusammen arbeiten können“, sagte Auslandsbischof Rolf Koppe in einer ersten Stellungnahme. Nach der Ära Raiser stünden weiterhin die Themen der Einheit der Kirche, Dialoge mit anderen Religionen und die Folgen der ökonomischen Globalisierung ganz oben auf der Tagesordnung des ÖRK. Der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Ishmael Noko, würdigte Kobias „herausragende Kompetenz in den Bereichen Frieden und Versöhnung“ und äußerte seine Zuversicht, dass die enge Beziehung zwischen ÖRK und LWB weiter substanziell wachsen würde. – Der methodistische Pfarrer Kobia arbeitete von 1974-76 als Berater für den Nationalen Rat der Kirchen in Kenia (NCKK). Im ÖRK übernahm er den Posten für Kirchliche Dienste im Stadt- und Landbereich bevor er 1984 Direktor für kirchliche Entwicklungsarbeit im NCKK wurde. Drei Jahre später wurde er zum Generalsekretär des NCKK ernannt. Zum ÖRK-Stab kehrte er 1993 zurück und wurde Direktor der Einheit „Gerechtigkeit, Frieden, Schöpfung“. Sozial, politisch und ökumenisch engagierte er sich nach der Unabhängigkeit bei der Umstrukturierung des Christlichen Rats von Simbabwe. Kobia war Vizevorsitzender der ÖRK-Kommission für das Programm zur Bekämpfung des Rassismus, half bei der Gründung der Nairobi-Friedensgruppe 1987 und bei der Vereinigung der Kirchenräte im östlichen und südlichen Afrika. 1991 führte er den Vorsitz bei den Friedensgesprächen für den Sudan und war ein Jahr darauf Wahlbeobachter in Kenia.

k-n

Religionsgipfel in Aachen mit Friedensappell zu Ende gegangen

Aachen, 16.9.2003 [KNA]

Mit der feierlichen Unterzeichnung eines Friedensappells durch 450 Religionsführer ist in Aachen das erste Weltfriedensgebet in Deutschland zu Ende gegangen. Darin verurteilen die Religionsoberhäupter aus 58 Ländern Krieg als politisches Mittel und wenden sich gegen religiösen Fundamentalismus. Jugendliche aus aller Welt erhielten den Appell, um ihn an die Politiker ihrer Länder weiterzugeben. In dem Dokument wird der Krieg als „Kinderkrankheit“ aller Religionen bezeichnet, der dazu führe, dass Menschen in Feindbildern gefangen bleiben. Einziger Weg zum Frieden sei der Dialog. Die Veranstalter kündigten an, dass das nächste Treffen 2004 in Mailand stattfinden soll.

Die Religionsführer wandten sich gegen alle, „die den Kampf der Kulturen für unvermeidbar halten“. Sie riefen dazu auf, den „kurzsichtigen Pessimismus“ aufzugeben, der eine Welt voll Mauern und Feinden schaffe. Der Dialog entziehe der Logik des Terrors jede Grundlage. Wichtig sei, nicht nur das eigene Leid, sondern auch das der anderen zu sehen. Wer im Namen Gottes hasse und andere töte, müsse wissen: „Der Name Gottes ist Frieden.“ Vor der Unterzeichnung waren die Religionsgruppen an verschiedenen Orten in Aachen zu Gebeten entsprechend ihrer eigenen Tradition zusammengekommen. Dann zogen sie in einem Sternmarsch zur Abschlusskundgebung am Dom. Eingeladen hatten das Bistum Aachen und die katholische Laienorganisation Sant'Egidio.

k-n

ÖRK hat künftig nur noch 341 Mitgliedskirchen

Genf, 2.9.2003 [KNA]

Dem Ökumenischen Rat der Kirchen gehören künftig nur noch 341 anstatt 342 Kirchen als Vollmitglieder an. Die Reduzierung ergebe sich aus dem Zusammenschluss zweier US-amerikanischer Mitgliedskirchen, teilte der ÖRK in Genf mit. Der Zentralausschuss habe den Zusammenschluss ausdrücklich begrüßt. – Die Brüder-Unität in Amerika (Nördliche Provinz) und die Brüder-Unität in Amerika (Südliche Provinz) gehörten 1948 zu den Gründungsmitgliedern des Ökumenischen Rates. Die pietistisch geprägten Kirchen aus der Tradition der „Böhmischen Brüder“ haben insgesamt etwa 60.000 Mitglieder. Die beiden Kirchen folgten einer Empfehlung des Zentralausschusses 2002 zu enger Zusammenarbeit von ÖRK-Mitgliedskirchen.

k-n

DIAKONIE-REPORT

Einen zusätzlichen gedeckten Platz – für den unerwarteten Gast
Diakonisches Werk der SELK ruft zu Spenden für bedürftige Kinder in Polen auf

Fuldabrück, 17.9.2003 [dw-selk]

Nach einer Voranfrage hat sich jetzt die Diakonie der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen (EAKP), einer Partnerkirche der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), an das Diakonische Werk der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (DW-SELK) mit der Bitte gewandt, ihr durch einmalige Spenden eine

Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen, die über viele Jahre weiterwirken wird. Einzelheiten werden in einem Brief der Generaldirektorin und dem Präses der Diakonie,

mag. theol. Wanda Falk und Bischof i.R. D. Jan Szarek, mitgeteilt.

In jedem Jahr führen die polnischen Kirchen die ökumenische „Weihnachtsaktion Kinderhilfe“ durch, an der sich auch die EAKP beteiligt. In allen christlichen Gemeinden Polens werden Weihnachtskerzen gegen einen festgelegten Spendenbetrag „verkauft“. Die Einnahmen aus dem Verkauf der Weihnachtskerzen in den Gemeinden – abzüglich der Herstellungskosten – hat die EAKP als Hilfe für Kinder vorgesehen, die „sich in schwierigen Lebensumständen befinden, damit auf diese Weise der Auftrag Jesu Christi erfüllt werde, der zu seinen Jüngern sagte: *„Was ihr getan habt einem meiner geringsten Brüder, das habt ihr mir getan.“* (Mt.25, 40).“

Die Kosten der Herstellung der Kerzen, die von Jahr zu Jahr wechselnd von jeweils einer der beteiligten Kirchen übernommen werden, hat die EAKP bisher aus den Gehaltskosten ihrer Mitarbeiter vorfinanziert, da andere Mittel nicht zur Verfügung stehen. Nach Abrechnung der Aktion (im Folgejahr) wurden die Gelder zurückerstattet. Da dieser Zustand nur schwer (er-)tragbar und zermürbend ist, bittet die EAKP die Glieder der SELK, ihr „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu ermöglichen: Die eingehenden Spenden würden das zweckgebundene Grundkapital bilden, aus dem jeweils die Kerzenproduktion bezahlt und wieder dafür festgelegt wird.

Da der Erlös aus dem „Kerzenverkauf“ weit über den Herstellungskosten liegt, werden diese Gelder von der EAKP jährlich eingesetzt für: Hilfe für kinder-

reiche Familien und alleinerziehende Mütter und Väter, Unterstützung für Familien-/ Kinderheime, Winter- und Sommerfreizeiten für Schulkinder aus ärmeren Familien, Zuschüsse zu Rehabilitationsmaßnahmen für be-

hinderte Kinder, Schulspeisungen, Straßenkinder.

In dem Schreiben wird an eine Tradition, dass in der polnischen Bevölkerung von Generation zu Generation bis heute weitergegeben und gepflegt wird: An einem festlichen Tisch wird ein zusätzlich gedeckter Platz freigelassen – für den unerwarteten Gast. An die Kirchglieder der SELK gewandt heißt es weiter: „Zünden wir doch in diesem Jahr neben dem freien Gedeck eine oder mehrere Kerzen an“ – für bedürftige Kinder, damit ihnen, die nur in Ausnahmefällen dabei sein können, anderweitig geholfen wird.

Um der Bitte der polnischen Partnerkirche um Hilfe zur Selbsthilfe nachkommen zu können, hat das DW-SELK in einem Aufruf, der allen Pfarrämtern zugegangen ist, um Spenden und Kollekten gebeten, damit das Grundkapital bereitgestellt werden kann, aus dem immer erneut die Produktion der Kerzen finanziert werden kann. Hilfreich wäre auch, wenn Gemeinden den Erlös von Adventsbasaren, -verkaufsaktionen oder -versteigerungen dafür bestimmen und zur Verfügung stellen würden.

In diesem Jahr werden für die Herstellung der Kerzen, die die EAKP zur Verfügung zu stellen hat, 7.000,00 Euro benötigt. Mit darüber hinaus eingehende Spenden würden den Kindern in Not direkt geholfen werden können. Jede Spenderin und jeder Spender leistet Hilfe zur Selbsthilfe durch die „Weihnachtsaktion Kinderhilfe“, sodaß der einmal gegebene Betrag über Jahre vielfach eingesetzt werden kann.

Z-I

„Haben Embryos ein Haltbarkeitsdatum?“

Die Kampagne „1000 Fragen“ der Aktion Mensch geht zu Ende

Fuldabrück, 17.9.2003 [dw-selk]

603 Abgeordnete des Bundestags und die Mitglieder des Nationalen Ethikrates werden im Herbst mit einem dicken Wälzer konfrontiert: mehr als 8.500 Fragen zu Genforschung und Bioethik. Es sind Fragen, wie die von R. T. aus Vaterstetten: „Wem gehört der Embryo, wenn er patentiert ist?“ oder jene: „Haben Embryos ein Haltbarkeitsdatum?“

Der Behindertenverband „Aktion Mensch“ hat seit Oktober Fragen gesammelt. Auf einem Gebiet, auf dem Wissenschaftler und Politiker händierend nach Antworten suchen, hieß es bei der Aktion Mensch: „Wir brauchen Ihre Frage!“ Jeder, der wollte, konnte im Internet unter der Adresse www.1000Fragen.de sein Anliegen zur Bioethik loswerden. „Die Resonanz war überwältigend“, sagt Sprecherin Heike Zirten. Fragen, die bis zu diesem Freitag, null Uhr, ankommen, werden in das „Buch der 1000 Fragen“ aufgenommen. Das Werk wird an alle Bundestagsabgeordneten und den Ethikrat verschickt.

Bevor verbindliche Antworten gegeben werden könnten, hätte der Verband wissen wollen: Haben wir die richtigen Fragen gestellt?, erläutert Zirten das Motiv für die Kampagne. Mit so großer Resonanz sei allerdings nicht zu rechnen gewesen, räumt sie ein. Zu den Fragen bildeten sich zudem rasch Kommentare. 56 Menschen gaben ihre Meinung zu der Frage ab: „Warum ist die Würde eines Embryos höher einzuschätzen als die Würde

eines todkranken Menschen, der evtl. durch die Stammzellforschung gerettet werden kann?“ Rund 35.000 Kommentare wurden insgesamt abgegeben.

Die Aktion Mensch habe zu Nachdenklichkeit bei diesen Themen an-

regen und eine breite öffentliche Debatte anstoßen wollen, berichtet Zirden. Das sei gelungen. Offensichtlich gebe es ein großes Bedürfnis, sich über ernste Themen auszutauschen. Zugleich sei ein deutliches Informationsdefizit deutlich geworden. Über Bioethik werde unter Fachleuten auf hohem Niveau diskutiert. Der Durchschnittsbürger fühle sich von diesen Debatten ausgeschlossen oder sie erreichten ihn gar nicht.

Zweimal am Tag filterten die Mitarbeiter von Aktion Mensch die eingegangenen Beiträge. Fragen mit rassistischen, sexistischem oder beleidigendem Inhalt wurden entfernt. Viele ernsthafte Fragen, die zum Teil aus individuellen Lebenslagen entstanden, blieben übrig. Der Wissensmangel führe aber auch dazu, dass überhöhte Heilerwartungen oder Horrorszenarien auf Grund der Genforschung zu finden seien, ist die Erfahrung von Zirden.

Vom 18. bis 24. September will die Aktion Mensch Berlin zur „Stadt der 1000 Fragen“ machen. Nicht eine Telefongesellschaft oder ein Uhrenhersteller werden dann ihr Logo auf dem Brandenburger Tor platzieren. Stattdessen wird nachts vielleicht die Frage nach Unsterblichkeit am Wahrzeichen der Stadt aufleuchten.

Z-I

• KOMMENTAR

Will ich alles wissen oder nur meine Versicherung?

Diese Frage der „Aktion Mensch“ (www.1000fragen.de) führt auf das komplizierte Feld, welche Auswirkungen sogenannte vorhersagende oder präsymptomatische genetische Tests im Versicherungsbereich haben könnten.

Für einige genetische Krankheiten, die erst im späteren Lebensalter

ausbrechen (z.B. Chorea Huntington, erblicher Brust- oder Darmkrebs) sind seit einigen Jahren genetische Tests verfügbar, die bereits die Veranlagung zu dieser Erkrankung nachweisen können. Diese Personen sind völlig gesund, der Test kann jedoch eine genetische Anlage nachweisen, die mit unterschiedlicher Wahrscheinlichkeit – manchmal nahe 100%, manchmal nur 60-80% oder noch weniger – innerhalb einer normalen Lebensspanne zur Erkrankung führt. Wann der Erkrankungsbeginn sein wird und wie stark sich die Erkrankung ausprägen wird, kann der Test in der Regel nicht oder nur sehr ungenau vorhersagen. Auch die medizinischen Möglichkeiten sind sehr unterschiedlich: manchmal ist gar keine Vorsorge möglich, manchmal eine Früherkennung mit verbesserten Behandlungsmöglichkeiten. Eine „Heilung“ der genetischen Anlage ist nicht möglich.

Interessant sind solche Testergebnisse für private Versicherungen (z.B. Kranken- oder Lebensversicherungen), die nach dem Risikokalkulationsprinzip arbeiten (im Gegensatz zum Solidarprinzip der gesetzlichen Krankenversicherungen).

Die Rechtslage ist derzeit so, dass die Versicherer keine Durchführung eines Gentests vor Vertragsabschluss verlangen, Risiken aus bereits durchgeführten Tests aber offen gelegt werden müssen. Das macht insofern Sinn, als man sonst nach einem Gentest mit ungünstigem Ergebnis eine Lebensversicherung über eine extrem hohe Summe zu „falschen“ Risikobedingungen abschließen könnte. In der genetischen Beratung empfehle ich deshalb, einen evtl. Versicherungswechsel vor einem geplanten vorhersagenden Gentest abzuschließen.

Versicherer bemühen sich, die Situation positiv darzustellen.

Zumindest in den Fällen, in denen ein Präventivverhalten möglich sei, würde sich doch die Versicherbarkeit der Betroffenen eher verbessern. Das hört sich in der Theorie gut an, in der Realität sind mir aber mehrere Fälle bekannt, wo selbst bei der relativ harmlosen Veranlagung zur Hämochromatose, bei der durch Früherkennung eine ernsthafte Erkrankung wirksam verhindert werden kann, private Zusatzversicherungen abgelehnt wurden. Die psychischen Folgen schilderte eine klinisch völlig gesunde, im Rahmen einer Familienuntersuchung getestete Person so: „...heute bin ich total niedergeschlagen. Vor ca. 4 Wochen habe ich einen Antrag für eine Krankenzusatzversicherung unterschrieben... Heute hat mir die Krankenversicherung telefonisch mitgeteilt, dass sie mich nicht aufnehmen können wegen evtl. späteren Komplikationen meiner Veranlagung... Komme mir jetzt vor wie eine Todkranke.“

Eine optimale Lösung dieses Konflikts zwischen Versicherungs- und Versicherteninteressen wird es möglicherweise nicht geben. Dennoch scheint mir aus christlicher Sicht eines klar zu sein: es kann nicht richtig sein, Menschen für Eigenschaften, die außerhalb ihres Einflussbereichs liegen, noch zusätzliche Nachteile aufzuerlegen. Für Christen müsste das Solidarprinzip wichtiger sein als eine möglichst günstige Kalkulation für sich selbst. Das bedeutet auch, vom Versicherer keinen niedrigeren Beitragssatz zu verlangen, wenn man selbst auf günstige vorhersagende Gentestergebnisse verweisen könnte. Versicherer erwarten in Zukunft für häufige Erkrankungen wie Diabetes mellitus und koronare Herzerkrankung eine genauere Verlaufseinschätzung nach genetischen Merkmalen: Für Untergruppen mit besserer Prognose werde sich dann die Versicherbarkeit verbessern. Selbst wenn es dazu kommen sollte – was

soll mit den Untergruppen geschehen, die eine schlechtere Prognose haben? Die Ausgrenzung von immer weniger, dafür aber immer schwerer Erkrankten kann m.E. keine Antwort auf die Probleme unseres Gesundheitssystems sein.

Auf die Verflechtung mit dem Arbeitsmarkt verweist eine weitere Frage der Aktion Mensch: *Krebsrisiko 60:40. Wer stellt mich jetzt noch ein?* In Deutschland sind Gentests auf dem normalen Arbeitsmarkt in der Regel noch kein Thema: Mir ist kein Fall bekannt, bei dem eine Firma eine Einstellung wegen eines ungünstigen Gentests verweigert hätte. Schwierigkeiten können sich aber bei einem Beruf mit Verbeamtung ergeben. Auf jeden Fall dürfte ein Berufsverbot für den „Traumberuf“ einen Menschen noch wesentlich stärker in seiner individuellen Entfaltung hemmen, als der zwangsweise Verbleib in einer gesetzlichen Krankenkasse. Wachsamkeit für die Zukunft ist daher sicher angesagt.

Verfasser: Dr. med. Barbara Leube,
Birkenhof 16, 40225 Düsseldorf

Diakonie: keine Alternative zur Pflegeversicherung Forderung nach Abschaffung widersprochen

Fuldabrück, 17.9.2003 [dw-selk]

Der Präsident des Diakonischen Werkes, Jürgen Gohde, hat die Forderung der Grünen nach Abschaffung der Pflegeversicherung als Verunsicherung der Pflegebedürftigen kritisiert. Zur solidarisch finanzierten Pflegeversicherung sehe er keine Alternative, sagte Gohde am 6. August dem epd in Berlin. Wer die Abschaffung fordere, zerstöre auch die Motivation der Pflegekräfte.

Die Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion, Katrin Göring-Eckardt, hatte mit Blick auf die Finanzprobleme der Pflegeversicherung in einem Zeitungsinterview gefordert, die Pflegeversicherung in ihrer heutigen Form abzuschaffen. Sie schlug vor, die Krankenkassen sollten für Pflegeleistungen aufkommen. Alle weiteren Leistungen sollten die Sozialämter übernehmen, sofern die Pflegebedürftigen sie nicht selbst bezahlen könnten.

Gohde sagte, die Pflegeversicherung müsse besser ausgestattet werden, um die anstehenden Herausforderungen bewältigen zu können. Dazu zählte der Diakonie-Präsident unter anderem die Versorgung von Demenzkranken. Daher sei es richtig, die Älteren bei der Finanzierung der Pflegeversicherung stärker einzubeziehen. Im Grundsatz habe sich die Pflegeversicherung bewährt, sei aber eine unfertige Versicherung.

Die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Barbara Stolterfoht, wertete den Vorstoß von Göring-Eckardt als Indiz, dass in der Regierungskoalition der Rückzug aus der Pflegeversicherung vorbereitet werde. Die Versicherung habe die Lohnnebenkosten weiter in die Höhe getrieben, deshalb sei schon ihre Einführung 1995 falsch gewesen, sagte Stolterfoht dem epd.

Die ehemals hessische Sozialministerin, die der Rürup-Kommission angehört, fordert ebenfalls die Auflösung der Pflegeversicherung. Ihr Verband schlägt aber ein anderes Modell vor als die Grünen. Danach soll die Pflege eine steuerfinanzierte, einkommensabhängige Leistung sein, die jedem zusteht, der pflegebedürftig wird. Nur Bezieher von hohem Einkommen müssten danach selbst vorsorgen oder ihre Pflege im Alter bezahlen. Durchschnittsverdiener mit einem Jahreseinkommen von rund 35.000 Euro dürften nicht belastet werden, da sie durch die Sozialreformen an die

Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gebracht würde, sagte Stolterfoht.

Z-1

Knappe Finanzmittel gerecht verteilen Warnung vor Aushöhlung des Solidarprinzips im Gesundheitswesen

Fuldabrück, 17.9.2003 [dw-selk]

Viele ältere Patienten sind wegen der Diskussion um mögliche Einschränkungen medizinischer Leistungen verunsichert. Jetzt debattierten Mediziner, Soziologen und kirchliche Experten bei einer Tagung in der Evangelischen Akademie in Berlin, nach welchen Kriterien die begrenzten Mittel im Gesundheitswesen künftig gerecht verteilt werden sollen.

„Das Solidarsystem in Deutschland hat sich bewährt und muss verteidigt werden“, waren sich die Teilnehmer einig. Auf heftige Kritik stieß der Gesundheits-Konsens von Regierung und Opposition, den Zahnersatz ab 2005 zur Privatsache zu erklären und Zuzahlungen zu erhöhen. „Massive Verschlechterungen für Patienten“, befand die Direktorin des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg, Susanne Kahl-Passoth.

„Sozialversicherte sind die großen Verlierer, Ökonomie und Markt werden eine immer größere Rolle spielen“, warnte Wolfram Burkhardt vom Institut für medizinische Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt a.M. „Es gibt durchaus Einsparmöglichkeiten“, räumte er ein und plädierte für mehr Wettbewerb um die Qualität medizinischer Leistungen. Der Vorstandsvorsitzende der AOK Berlin, Rolf Müller, stimmte zu: Mehr Effizienz sowie Öffnung der Krankenhäuser für hochspezialisierte ambulante Versorgung, forderte er. Als Beispiel für erhebli-

ches Sparpotenzial nannte er die Behandlung von Diabetes-Erkrankungen.

Der medizinische Fortschritt mit seinen Leistungsausweitungen trägt zu immer höheren Kosten bei. Allein für die 48.000 Dialyse-Patienten müssen die Krankenkassen nach Berechnungen der Bundesärztekammer jährlich knapp zwei Milliarden Euro pro Jahr aufwenden.

Die Berliner Charité-Professorin Elisabeth Steinhagen-Thiessen betreut eine besonders seltene Patienten-Gruppe. Ähnlich hoch, zwischen rund 38.000 und 49.000 Euro jährlich, sind die jährlichen Therapiekosten für die 600 bis 800 Menschen mit der Stoffwechselerkrankung Lipidapherese, erläuterte die Leiterin am Evangelischen Geriatriezentrum der Bundeshauptstadt. Doch die Kassen sagten oft Nein, Gerichte seien mit den Ansprüchen befasst.

Die Medizinhistorikerin und Theologin Ulrike Kostka (Basel) rief dazu auf, eine „konstruktive Diskussion“ über die Ressourcenverteilung zu führen. „Rationierung gibt es schon“, gab sie zu bedenken. Was in den Niederlanden, Großbritannien und der Schweiz debattiert werde, dürfe auch in Deutschland nicht tabu sein. Angesichts der demographischen Entwicklung mit einem immer höheren Anteil älterer Menschen müsse über Generationengerechtigkeit gesprochen werden: „Wer bekommt wann was, bekommen Jüngere mehr oder Ältere?“

Eine Rationierung in Zusammenhang mit Alter, geringem Einkommen oder Zugehörigkeit zu benachteiligten Gruppen wie Obdachlosen dürfe es nicht geben, forderte Kahl-Passoth. Der Medizinteoretiker Micha Werner von der Universität Freiburg plädierte für einen breiten öffentlichen Diskurs über Mindestversorgung und Spielräume darüber hinaus. Krankheit, so sein De-

finitionsvorschlag zur Eingrenzung, liegt dann vor, wenn sie ernstes Leiden verursacht, die Handlungsfähigkeit einschränkt oder das Leben bedroht.

Dass Krankheitsbilder einem gesellschaftlichen und kulturellen Wandel unterliegen, stellte die Historikerin Barbara Duden aus Hannover zur Diskussion. In Ländern mit hoch entwickelter Medizindiagnostik fühlten sich Patienten von zahlreichen Risiken bedroht, entwickelten Ängste und verlangten nach immer mehr Information und Beratung. Befragte in Indien, so berichtete sie aus Erfahrung, seien dagegen zufriedener und freuten sich über ihre Kinderzahl.

Z-I

Britische Demenzpflege könnte Vorbild sein Kompetenzzentren qualifizieren Pflegedienste für die Versorgung Demenzkranker

Fuldabrück, 17.9.2003 [dw-selk]

Nach Ansicht von Experten wird die Zahl an Demenz erkrankten Menschen in Deutschland bis zum Jahr 2020 auf bundesweit 1,4 Millionen steigen. Über das britische Modell, Patienten und ihre Angehörigen in Kompetenzzentren zu betreuen, informierten kürzlich die Britische Botschaft, das Bundesgesundheitsministerium, Pflegewissenschaftler, Vertreter der Krankenkassen, Länderministerien und Alzheimergesellschaften.

Die Briten setzen bei der Versorgung demenzkranker Menschen verstärkt auf Kompetenzzentren, die „Dementia Services Development Centres“ (Entwicklungszentren für demenzbezogene Dienste, DSDC). Das erste dieser Zentren wurde 1989 an der schottischen Universität Stirling etabliert, mittlerweile existieren in Großbritannien ein knappes Dutzend solcher Ein-

richtungen. Die Non-Profit-Zentren, so berichtete Mary Marshall, Leiterin des DSDC in Stirling, haben eine breite Angebotspalette: Sie halten Bücher und Filme zum Thema Demenzpflege vor, sie beraten, bieten Mitarbeitern in Pflegeeinrichtungen Aus- und Weiterbildung, sie betreiben Forschung und veranstalten Seminare und Konferenzen. Die regionalen Zentren haben jeweils einen Einzugsbereich von rund fünf Millionen Einwohnern. Die Finanzierung, so räumte Marshall ein, sei schwierig: Manche Zentren erhalten einen Zuschuss von der Regierung, andere nicht, das Gros der Gelder stammt aus Spenden und den Erträgen des Dienstleistungsangebotes.

Trotz der nicht ganz einfachen finanziellen Situation der Zentren stößt der Ansatz der Briten auch hier zu Lande auf Interesse: Im vergangenen November wurde in Stuttgart das erste „Demenz Support Zentrum“ eingerichtet, gefördert von der Liselotte-Gradmann-Stiftung. Aufgabe des Zentrums ist neben der Information, der Beratung und Qualifizierung Pflegenden die Forschung im Bereich Milieutherapie in der Demenzpflege. Die Kosten für das Zentrum bezifferte Leiterin Sibylle Heeg mit etwa einer halben Million Euro jährlich. Starker Befürworter der Demenz-Entwicklungszentren ist das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA), das auch den Impuls zu dem deutsch-britischen Fachaustausch gegeben hat: Willi Rückert, Leiter der Abteilung Sozialwirtschaft im KDA, warb „zur Unterstützung der Umsetzung des Pflegeleistungsergänzungsgesetzes“ in Berlin dafür, bundesweit ein Netz nicht miteinander konkurrierender regionaler Demenz-Entwicklungszentren aufzubauen.

Die Vertreter der Länderministerien von Brandenburg, Berlin und Nordrhein-Westfalen äußerten sich zurückhaltend: Das britische System sei nicht eins zu eins übertragbar, auch müsse es mit dem kompatibel

sein, was in den Ländern an Angeboten bereits vorhanden sei, meinte Gerhard Rothkopf vom Arbeitsministerium Nordrhein-Westfalen. Im Bundesland Brandenburg werde angedacht, die dortige Alzheimer-Gesellschaft als Ansprechpartner für Demenzfragen zu institutionalisieren, berichtete Ulrich Wendte vom brandenburgischen Sozialministerium.

Z-I

Schmerzgrenze beim Zivildienst erreicht

Kürzung unter zehn Monate nicht vertretbar

Fuldabrück, 17.9.2003 [dw-selk]

Bei der Befristung des Zivildienstes auf zehn Monate ist Experten zufolge für viele soziale Einrichtungen die Schmerzgrenze erreicht. Eine weitere Verkürzung würde die bisherigen Arbeiten „zu reinen Hilfstätigkeiten“ machen, sagte der Leiter des Bundesamtes für Zivildienst, Dietmar Peikert, bei einem Besuch in den von Bodelschwingschen Anstalten Bethel in Bielefeld. Bethel war 1961 der erste Einsatzort für Kriegsdienstverweigerer in Deutschland und ist heute die größte Zivildienst-Einsatzstelle.

Nach Einschätzung des Kölner Bundesamtsleiters gibt es zwar Bereiche, in denen ein sechsmonatiger Zivildienst ausreicht. Aber wo eine längere Unterweisung der „Zivis“ erforderlich ist, sei eine weitere Kürzung nicht vertretbar. Als Beispiele nannte Peikert den Fahrdienst in Rettungsfahrzeugen und die Pflege Schwerstbehinderter. In der Pflege sei ein häufiger Wechsel

auch mit Rücksicht auf die betreuten Menschen nicht akzeptabel.

Z-I

Planungen für neues Zivildienstjahr

Ab 2004 Erstattungen von 50 auf 70 Prozent erhöht

Fuldabrück, 17.9.2003 [dw-selk]

Rund 95.000 Zivildienstleistende können 2003/2004 zum Einsatz kommen. Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) und der Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Manfred Ragati, einigten sich in Berlin auf die konkreten Planungen für das im Oktober beginnende Zivildienstjahr.

Die erhöhte Kostenbeteiligung der Wohlfahrtsverbände, die im Zivildienständerungsgesetz beschlossen worden war, endet wie vorgesehen Ende dieses Jahres, teilte das Ministerium mit. Ab 2004 werde den Beschäftigungsstellen der Aufwand wieder in Höhe von 70 Prozent statt derzeit 50 Prozent erstattet. Pläne für die Angleichung der Dauer von Wehr- und Zivildienst würden verschoben.

Z-I

Liberia: Lage bleibt äußerst angespannt

Diakonie-Partner planen Programme für Kindersoldaten

Fuldabrück, 17.9.2003 [dw-selk]

Die Lage in Liberia bleibt weiter äußerst angespannt. Nur wenige Kilometer von der Hauptstadt Monrovia entfernt brechen nach Angaben von Partnern der Diakonie Katastrophenhilfe immer wieder Kämpfe aus. In Tubmanburg, dem Hauptstützpunkt der Rebellengrup-

pe LURD, kommt es weiter zu Überfällen und Plünderungen durch bewaffnete Kämpfer. Kirchliche Partner der Diakonie wollen sich dort vor allem um Kindersoldaten kümmern. Darüber hinaus sollen

Wasser- und Abwasserversorgung in Stand gesetzt werden.

In Tubmanburg gelte das kürzlich zwischen Rebellen und Regierung geschlossene Friedensabkommen so gut wie nichts, berichtet ein Vertreter des Lutherischen Weltbundes, mit dem die Diakonie Katastrophenhilfe zusammenarbeitet. „Überall in der Stadt ist Gewehrfire zu hören.“ Auch eine lutherische Kirche wurde geplündert. „Es herrscht ein Klima der Feindseligkeit“, so der Weltbund-Vertreter. Die instabile Sicherheitslage erschwert die Arbeit der Hilfsorganisationen im Landesinneren Liberias.

In Monrovia geht die Versorgung der Not leidenden Menschen mit Decken, Plastikplanen, Lebensmitteln und Hygieneartikeln weiter. Rund 300.000 Vertriebene leben derzeit dicht gedrängt in über 110 provisorischen Camps. Die Bewohner der Flüchtlingslager Jahtondo und Sawegbeh, die vor den gewalttätigen Auseinandersetzungen geflohen waren, kehren indessen langsam in die 20 Kilometer von Monrovia entfernten Camps zurück. Viele der Hütten wurden geplündert und zerstört und müssen nun bei strömendem Regen mühsam wieder aufgebaut werden.

Das Diakonische Werk der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (DW-SELK) bittet um Spenden unter dem Kennwort „Liberia“ auf das „Dauerkonto Katastrophenhilfe“, auch ohne das hierfür ein gesonderter Aufruf erfolgt. Gaben, die zur Hilfe für Liberia und andere Notgebiete der Welt eingehen, werden umgehend dem angegebenen Verwendungszweck zugeführt.

Z-I

Diakonische Arbeitsgemeinschaft eröffnet 2005 die Aktion Brot für die Welt

Erste Vorbereitungs-sitzung in Herrnhut

Guben, 23.9.2003 [dw-selk]

Die Diakonische Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen (DA), Dachverband der evangelischen Freikirchen und der Altkatholiken im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (DW EKD), wird am 1. Advent 2005 die 47. Aktion Brot für die Welt zu eröffnen haben. Üblicherweise ist das die Aufgabe eines Diakonischen Werkes einer der Landeskirchen der EKD. Erstmals ist nun die DA in die Verantwortung gestellt worden und hat analog die Aufgabe eines diakonischen Landesverbandes. Das ist für die zahlenmäßig kleinen Freikirchen eine große Herausforderung.

Als Austragungsort für diese bundesweit zu startende Aktion ist Herrnhut ausgewählt worden. Deshalb fand dort auch am 22. September 2003 die erste Vorbereitungs-runde unter der Leitung des Geschäftsführers der DA, Klaus Prizkuleit (Stuttgart/Berlin) statt. Mögliche Veranstaltungsräume wurden direkt in Augenschein genommen, Hotelkapazitäten abgefragt, Programmüberlegungen der Stuttgarter Zentrale von Brot für die Welt entgegengenommen.

Die 47. Aktion wird am 1. Advent 2005 eröffnet und ragt damit in das Jahr der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland hinein. Unter dem Arbeitstitel „Fair Play For Fair Live“ wurden erste inhaltliche Überlegungen angestellt. Neben Präsentation der beteiligten Freikirchen soll auch die Diakonie in Tschechien und Polen beteiligt werden, da sich Herrnhut im „Dreiländereck“ befindet. Die Vorbereitungen werden in weiteren Sitzungen und möglichen Unterausschüssen 2004 fortgesetzt. Die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche (SELK) wird in diesem Gremium durch Pfarrer Stefan Süß (Guben) vertreten.

Die 45. Aktion Brot für die Welt wird in diesem Jahr im Hamburger Michel eröffnet werden. 2004 ist Eröffnungsort dann Speyer.

Stefan Süß

INTERESSANTES ANGEZEIGT

Bittbriefe aus Polen

Fuldabrück, 17.9.2003 [selk]

Das Diakonische Werk der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (DW-SELK) hat mit der Diakonie der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen, einer Partnerkirche der SELK, vereinbart, dass Hilfsgesuche polnischer Kirchglieder und Bittbriefe aus Polen, die die Pfarrämter der SELK erreichen, an die dortige Diakoniezentrale zur Bearbeitung weitergeleitet werden können, falls eine Identifikation der Absender nicht möglich ist. Die Anschrift lautet: Frau Generaldirektorin der Diakonie, mag. theol. Wanda Falk, ul. Miłodowa 21, 00-246 Warszawa, Polen. – Ein kurzes Begleitschreiben (in deutscher Sprache) ist dabei hilfreich.

Z-I

Bankverbindung für Hilfe in Polen

Fuldabrück, 17.9.2003 [selk]

Die Bankverbindung des „Dauerkonto Katastrophenhilfe“ des Diakonischen Werkes der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (DW-SELK), auf dem die Spenden für die Kinderhilfe in Polen überwiesen werden können, lautet: Konto-Nr. 48 80, BLZ 520 604 10, Evangelische Kreditgenossenschaft Kassel (EKK),

Z-I

Ratgeber Demenz

Fuldabrück, 17.9.2003 [selk]

Der englische Ratgeber „Care to Communicate“ von Jennie Powell ist auf Deutsch seit kurzem unter dem Titel „Hilfen zur Kommunikation bei Demenz“ zu bekommen. Die Broschüre eignet sich für professionell Pflegende, aber auch für pflegende Angehörige. Sie beschreibt sehr anschaulich, wie eine Demenz die verbale Kommunikation beeinflusst und gibt praktische Beispiele, wie Pflegende darauf reagieren können. Die Broschüre (ISBN 3-935299-26-5, 9,80 Euro) ist beim Kuratorium Deutsche Altershilfe, An der Pauluskirche 3, 50677 Köln, Telefonnummer: 0221 / 931 8470, zu beziehen.

Z-I

Neue Internet-Suchmaschine hilft bei christlichen Themen

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Die Suche nach christlichen Themen im Internet soll durch die neue Suchmaschine www.crossbot.de erleichtert werden. Nutzer erhielten damit Zugriff auf 300.000 redaktionell geprüfte Internet-Seiten mit christlichem Inhalt, teilte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) laut epd am 27. August in Hannover mit. Die Suchmaschine wurde von der EKD-Internetarbeit und der Multimedia-Agentur i-public des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik entwickelt.

Es handle sich bereits jetzt um die größte und umfassendste christliche Suchmaschine weltweit, so die EKD. Bis zum Jahresende soll die Zahl der erfassten Internetseiten auf eine Million steigen. Die Suchmaschine liefert Nutzern zehn nach Relevanz sortierte Ergebnisse. Die Startseite enthält zudem einen

Katalog mit 19 Kategorien wie „Glaube und Gesellschaft“ oder „Spiritualität“, die auf thematisch geordnete Links verweisen. Nur seriöse Seiten, die den christlichen Glauben zum Inhalt haben, werden nach EKD-Angaben in den Katalog aufgenommen.

ak

Werbekampagne für Gott im Internet

www.gott.net lässt Gott selbst als Sprecher auftreten

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Eine neue Werbe- und Informationskampagne im Internet unter der Adresse www.gott.net haben Christen in Lüdenscheid im Sauerland gestartet. Dies meldet die Nachrichtenagentur idea. Werbetexte wie „Wir müssen miteinander reden – Gott“ lassen Gott selbst als Sprecher auftreten. Die Idee dazu brachte der Pressesprecher des christlichen Hilfswerks „Wort und Tat“, Dieter Kohl (Dülmen), aus den USA mit. In einer Zeit, in der das Wissen über Gott, über Jesus Christus und über die Bibel nur noch wenig verbreitet ist, soll das Internetangebot eine Informationsbasis sein, über das die Botschaft des Evangeliums verständlich kommuniziert wird.

Veranstalter von www.gott.net ist ein gemeinnütziger Verein gleichen Namens. Vorsitzende ist Pfarrerin Monika Deitenbeck-Goseberg, Stellvertreter ist der katholische Dechant Johannes Broxtermann (beide Lüdenscheid); als Geschäftsführer amtiert Dieter Kohl. Weitere Mitarbeiter sind unter anderen Pastor i.R. Johannes Hansen (Witten), die Journalistin Gunhild Aiyub (Duisburg) und Pastor Eckhard Krause (Hanstedt). Zum Startangebot gehören Grundinformationen zur Heiligen Schrift, kurze Porträts von Gestalten der Bibel, bildliche Darstellungen biblischer Geschichten, „Gespräche mit

Gott“ sowie eine Kurzdarstellung der „SMS von Gott“ (Tägliches Bibelwort aufs Mobiltelefon). Das Angebot soll weiter ausgebaut werden.

ak

Vorlesungen über Wirkung der Bibel in der Literatur

Hörpel, 22.9.2003 [selk]

Die evangelische St. Jacobi-Gemeinde in Göttingen hat für den Herbst eine Vorlesungsreihe über die Wirkungsgeschichte der Bibel in der Literatur angekündigt. Dies meldet der Evangelische Pressedienst (epd). Geplant sind laut Programm insgesamt neun Vorträge von Wissenschaftlern verschiedener Hochschulen und Fakultäten. Die Vorlesungen haben Themen wie „Die Bibel in der französischen Literatur“, „Shakespeare und die Bibel“ oder „Wiederkehrender und revoltierender Christus in der russischen Literatur“.

ak

wird einmal jährlich durch Hinweis und Beilage einer Zahlkarte gebeten.

IMPRESSUM: SELK INFORMATIONEN (SELK.Info). ISSN 1617-7614. Informationsdienst der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK). Herausgeber: Kirchenleitung der SELK (Anschrift auf der Titelseite). Redaktion: Pfarrer Bernd Reitmayer (Weltluthertum [bo]), Pfarrer Alberto Kaas (Bekennende Gemeinschaften [ak]), Professor Dr. Werner Klän (Ökumene [k-n]), Diakoniedirektor Pfarrer Armin Zielke (Diakonie [Z-I]), Geschäftsführender Kirchenrat Michael Schätzel (SELK; Endredaktion [S-I]). - Kürzel unter Beiträgen weisen auf den jeweiligen Redakteur hin, in Klammern gesetzte Kürzel zeigen an, dass vorstehender Bericht ohne redaktionelle Bearbeitung übernommen wurde. - Kommentare werden vom Verfasser verantwortet. - Redaktionsschluss ist der 22. des Vormonats. - Konto der SELK: 44 444 44, Deutsche Bank 24 Hannover, Blz: 250 700 24. - Um Überweisung der Bezugsgebühr